

SENATE



Magazin für Politik, Gesellschaft und eine Ökosoziale Marktwirtschaft



Yvonne Magwas
Über den
Stand der
Gleichberechtigung

Ausgabe 2/21
Einzelpreis 5€

Johannes Vogel
Über den Wert der Arbeit

Benita Ferrero-Waldner
Über die Stellung Europas

Manfred Weber
Über Fördern und Fordern

Das Erwachsenen-Resort in den Tiroler Bergen



SPIELRAUM FÜR DAS ICH

Hier steht die Welt für einen Augenblick still.

Im Posthotel Achenkirch werden Sie ganz ruhig, fühlen sich befreit und lassen sich rundum verwöhnen - reichlich Raum für das Ich und wohltuende Wellness bringen Körper und Geist in Einklang.

7.000 m² Spa- und Wellnessbereich „adults only“ ♦ Haubenküche ♦ TCM-Restaurant TENZO - alpine Kulinarik trifft auf die 5-Elemente-Lehre ♦ Indoor- und Outdoor-Fitnessbereich ♦ Resorteigener 9-Loch-Golfplatz ♦ Lipizzanergestüt mit Reitanlage

POSTHOTEL ACHENKIRCH, 6215 Achenkirch am Achensee, Tirol, Austria
T +43 5246 6522, info@posthotel.at, www.posthotel.at



Herausgeber Norbert Strevel

Die vergangenen 16 Monate waren für alle in unserer Gesellschaft, ob Familien, Kinder, Jugendliche, junge und junggebliebene Erwachsene sowie Selbstständige, Unternehmen, Organisationen, Institutionen und die Politik sehr herausfordernd. Gemeistert wurde die Pandemie bis dato mit Achtsamkeit, Gemeinschaftssinn, Engagement und auch viel Eigeninitiative. Und dabei wurden viele Erfahrungen gesammelt.

Die Inzidenzen sind stark gesunken, das Gefühl des Wir-haben-es-Bewältigt ist nun zu verspüren, das kulturelle und gesellschaftliche Leben ist im Restartmodus, Erleichterung verbreitet sich in weiten Teilen unserer Gesellschaft. Und das ist gut! Dies zu genießen, zu feiern, den positiven Schwung zu nutzen und gleichzeitig achtsam zu bleiben, insbesondere die Impfquote konsequent bis mindestens zur sogenannten „Herdenimmunität“ zu erhöhen, ist immens wichtig. Niemand möchte im Herbst/Winter wieder mit starken Einschränkungen leben müssen.

Einerseits gilt es jetzt, die wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und gesellschaftlichen Effekte der Pandemie zu bewältigen, andererseits die gesammelten Erfahrungen in Erkenntnisse, Strategien und Aktionen umzusetzen.

Zu den Erkenntnissen zählen sicherlich u.a., dass Resilienz eine Zukunftskompetenz ist, die gerade in Unsicherheit Stabilität ermöglicht. Oder, dass der sinnvolle Mix der Zusammenarbeit, also der Umfang von virtueller, hybrider oder Präsenzarbeit, zwar einerseits von der technischen Ausstattung, jedoch auch anderen Faktoren abhängt. Zum Beispiel, wo menschliche Interaktion und kreative Spontaneität ein Erfolgsfaktor ist, wird

es spezifische Lösungen für jede Organisation geben. Auch möchten vielleicht nicht alle Menschen nur im Home- oder Mobiloffice arbeiten. Dies hat eine soziale und gesellschaftliche Relevanz. Die Standardlösung – „one fits all“ – wird es wohl kaum geben.

Nachhaltigkeit in seiner Gesamtheit bedeutet Zukunftsfähigkeit. Die Klimaneutralität ist hierbei ein wichtiges Element der Säule „Ökologie“. Auch das Tierwohl gehört beispielsweise dazu. Dieses Bewusstsein verstärkt sich in unserer Gesellschaft so, dass erste Discounter beginnen, sich Ziele für das Tierwohl zu setzen und selbstverpflichtend nach und nach nur noch entsprechende Produkte anbieten wollen.

Nachhaltigkeit und damit Zukunftsfähigkeit bedeutet ebenso mindestens Wohlstandsbe-wahrung und damit auch die Bewältigung der wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Pandemie. Die Rückführung der gestiegenen Staatsverschuldung ist auch eine gesellschaftliche und soziale Verantwortung gegenüber den jüngeren Generationen.

Die schnelle wirtschaftliche Erholung wird zumindest teilweise durch Rohstoffverknappung, Lieferkettenprobleme, wie zum Beispiel auch knappe Frachtkapazitäten im internationalen Containerverkehr, beeinträchtigt. Sich den Herausforderungen bewusst und für alle Lösungsansätze offen zu sein, schafft die Basis für Nachhaltigkeit und damit Zukunftsfähigkeit. Und intelligentes Wachstum, Innovationen und Unternehmertum sind Teil der Lösung. Offenheit und Neugierde, gepaart mit dem Respekt für alles oben genannte, erzeugt meines Erachtens positive Energie und im Ergebnis ist das Glas immer halb voll.



POLITIK UND PARLAMENT

Corona macht nicht vor dem Presseausweis halt..... 8
Interview mit Frank Überall

Manches ist durch Digitalisierung möglich –
viele durch Vereinfachung 18
Fragen an Yvonne Magwas

Joe Biden und die Klimarettung 34
Lars Jaeger

Junger Politiker mit Blick für das Alter 52
Johannes Vogel im Interview

Die Klimaneutralität in starkem Gegenwind 84
Christoph Brüssel, Estelle Herlyn, Franz Josef Radermacher

EUROPA AKTUELL

Trotz gescheiterten Rahmenabkommens bleibt
die Schweiz wichtig für die EU..... 14
Walter Döring

Perspektiven für ein starkes Europa..... 62
Benita Ferrero-Waldner

Der Europäischen Investitionsbank (EIB) fehlt es nicht
an „Firepower“ 66
Werner Hoyer

Voller Schwerpunkt auf Wachstum..... 70
Interview mit Manfred Weber

 Europa. Das Lexikon 76
Hans Jörg Schrötter



Manches ist durch Digitalisierung möglich

Seite 18



fair.digital – digitale Zukunft fair gestalten

Seite 42



Gehaltstransparenz und faire Bezahlung

Seite 28



IMPRESSUM

Herausgeber:
 Dr. Christoph Brüssel
 Dieter Härthe
 Norbert Streveld
ViSdP
 Adenauerallee 206
 53113 Bonn
 Tel: +49 (0)228-915-605-0
 www.senat-deutschland.de
 E-Mail: office@senat-deutschland.de

Hauptstadtbüro:
 Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin
 Tel: +49 (0)30-40 10995 0

Redaktion:
 Dr. Christoph Brüssel (Chefredaktion)
 Marc Härthe (Redaktionsleitung)
 Astrid Herres (RvD)
 Uly Köhler
 Michael Rolland
 Ewald König
Lektorat: Alectis.de, Annette Ahlborn
Layout: Heiner Stellmach
Druckerei: Saxoprint
Auflage: 10.000 Exemplare



Gastbeiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Trotz größtmöglicher Sorgfalt kann der Herausgeber keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen übernehmen. Nachdruck, auch auszugsweise unter Angabe der Quelle gestattet. Belegexemplar erbeten.



Junger Politiker
mit Blick für das
Alter

Seite 52



Perspektiven
für ein starkes
Europa

Seite 62



Joe Biden
und die
Klimarettung

Seite 34

WIRTSCHAFTSWELT

 „Professionelle Zusammenarbeit von Geschäftsführung und Betriebsrat“ 24
 Günther Schöffner, Petra Senne

Gehaltstransparenz und faire Bezahlung 28
 Robert Szilinski im Interview

fair.digital – digitale Zukunft fair gestalten 42
 Im Gespräch mit Martin Hubschneider

Global Dignity – wie fühlt sich Würde an? 46
 Fragen an Matthias Bosch

WISSENSCHAFT

Die Vermessung des Wassers 58
 Jürgen Koppe

KULTUR UND UNTERHALTUNG

Brauchen wir Kultur auf Rezept? 38
 Hartmut Schröder

AUS DEM SENAT

Indienhilfe 80
 Europatag 81
 Weinblütenfest 82
 Impfbus 83



Dieses Magazin wird klimaneutral hergestellt.

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Artikel 14(2) Grundgesetz

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Der Ausdruck:

Wer ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein



Der Eindruck:

Von Herausgeber und Chefredakteur Christoph Brüssel

Nun kommt es doch langsam wieder zurück, das normale Leben. Nach etlichen Monaten des Verzichts und der Abstandsgebote füllen sich schnell wieder Biergärten, Restaurants und Geschäfte. Berufliche Reisen und Gespräche, die nicht nur in kleinen digitalen Kästchen stattfinden, sind wieder möglich und bringen tatsächlich ein Hochgefühl der Beinahe-Normalität.

Wenngleich die Warnungen vor der nächsten Welle mit weiteren Mutanten nicht zu überhören sind und verantwortliche Menschen weiterhin Vorsicht walten lassen, die große Sorge oder gar Angst vor dem Virus scheint deutlich weniger zu werden.

Die Sorgen scheinen der Lust am Leben schnell gewichen zu sein. Das ist auch gut so, positiv nach vorne denken und für viele das Verlorene wiederaufarbeiten, ist wohl der richtige Weg.

Wir sollten uns freuen, im Verhältnis zu der übrigen Welt sehr glimpflich davongekommen zu sein. Relativ gesehen weniger Krankheitsfälle, glücklicherweise weniger tödliche Verläufe und offensichtlich, vergleicht man es mit allen anderen Regionen dieser Erde, haben wir in Deutschland die Krise bisher gut gemeistert. Das sind nicht nur Vermutungen, beispielsweise die Universität London hat wissenschaftlich untersucht, dass in Deutschland wahrscheinlich 500.000 weniger Todesfälle durch die Pandemiemaßnahmen zu beklagen sind.

Das Bild in der medialen Wirklichkeit kennzeichnet jedoch eine andere Wahrnehmung. Nahezu alles und jeder im Zusammenhang mit der Pandemie und der erforderlichen Maßnahmen ist Angriffen, Verdächtigungen und Skandalisierungen ausgesetzt.

Laute Klagelieder sind in Erinnerung, nicht schnell genug Entscheidungen getroffen zu haben, zu bürokratisch verknotet sei agiert worden. Aber beklagt werden kurz darauf zu oberflächliche Entscheidungen mit Fehlerrisiko und zu ungenaue Kontrollen der Vorgänge, Fehler wegen Unachtsamkeit.

Richtig ist, nicht alles war richtig. Vieles nicht perfekt und manches nicht endgültig durchdacht.

Kann das denn sein, bei einer Situation, die kein Drehbuch hat, keine Erfahrungswerte und erst von null an ergründet werden muss.

Wenn es richtig ist, dass frei nach Eugen Roth „Politik die Regelung der eigenen Angelegenheiten“ ist, dann können wir nicht auf dem Ruhekissen verweilen und von „der Politik“ erwarten, dass alles ohne Fehl und Tadel perfekt geregelt ist. Wir sind alle in Verantwortung und tragen mit bei zu Lösungen. Jeder an seinem Platz, sei es nur durch Achtsamkeit und Loyalität.

Das soll Kritik nicht ausschalten, Fehler können als Fehler benannt werden, vor allem vorsätzliches Handeln, wie die verlangten Provisionen von Parlamentariern oder vergleichbares.

Andererseits ist es doch zu überlegen, dass wir bei besonderen Belastungen oder Sondersituationen mit gesundem Menschenverstand auch Toleranz für den Mut zur Lücke gestatten sollten. Wenn schnelle Entscheidungen, kluges Management und wenig Bürokratiebarrieren gewollt sind, dann sollte auch der Mut zur Toleranz, die Kraft zu akzeptieren, dass manches ruckelt, und der Respekt vor Hochleistung geübt werden. Die Lust auf skandalisierende Schlagzeilen könnte dem Gedanken einer gemeinsamen Lösungsfindung ein Stück weichen.

Ganz sicher werden wir in den kommenden Jahren einige Sondersituationen erleben, die von den üblichen Pfaden der routinierten Schrittfolgen abweichen werden. Die Transformation digitaler Automatisierung nahezu aller Bereiche, die stärker drängende Klimaveränderung, nicht zuletzt die pandemischen Ereignisse, die nicht so einfach als „Eintagsfliege“ zu sehen sein werden.

Wir als Weltgesellschaft werden einige Aufgaben erledigen müssen, die schnelle Lösungen erfordern. Weitsicht, die rasant schnelle Entwicklungen vorausschauend erfassen kann. Zeit, über eine Kultur in der Politik nachzudenken, die Visionen, sogar Utopien als Regelungen zulassen. Da wird es erforderlich, dass die Gesellschaft auch Mut in der Politik gestattet, sonst werden wir zu wenig Mutige erleben.

Prof. Frank Überall

Corona macht nicht vor dem Presseausweis halt

Der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbands zur Rolle der Medien in der Corona-Pandemie



Von Marc Härthe

Herr Professor Überall, wie sehen Sie die Rolle der Medien in der Coronakrise im Allgemeinen?

In allererster Linie ist und war es Aufgabe der Medien zu berichten, also aufzuklären über die aktuellen Entwicklungen und sie entsprechend einzuordnen. Das heißt, im ersten Schritt wird darüber berichtet, was auch offizielle staatliche Stellen tun: welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, was dieses Virus überhaupt ist, wie es eigentlich auf die Gesellschaft, auf die Menschen wirkt.

Und dann kommt natürlich auch die Stufe der Einordnung, also auch die kritischen Stimmen zu Wort kommen zu lassen. Und da ist man sicherlich – gerade zu Beginn der Krise – aufgrund verschiedener Faktoren im Nachhinein immer schlauer. Da hätte man mehr tun können, aber man muss die besondere Situation im Auge behalten.

Deckt sich die Aufgabenstellung der Medien denn aus Ihrer Sicht mit der Realität, wie sie dann tatsächlich eingetreten ist?

In Zeiten, wo dieses Virus ja nicht vor dem Presseausweis Halt macht, und wir alle die Angst hatten, diesem möglicherweise ja auch tödlichen Virus zu erliegen, standen wir alle unter einem psychischen Druck. Hinzu kommt der wirtschaftliche Druck. Denn gerade in den privat organisierten und privat finanzierten Medien ist es so, dass es kaum noch Anzeigen gab. Klar, wenn die Wirtschaft im Lockdown ist, wer soll

Prof. Dr. Frank Überall ist Medien- und Sozialwissenschaftler. Sein Schwerpunkt ist die politische Soziologie. Er lehrt seit 2012 an der HMKW Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Köln. Überall promovierte über den „Klüngel in der politischen Kultur Kölns“ und ist als Sachbuchautor Mitglied im Deutschen PEN-Zentrum. Der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) berichtet zudem als freier Autor überwiegend für öffentlich-rechtliche Medien.

dann noch Anzeigen schalten? Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit sind zum Beispiel bei Tageszeitungen viele Kolleginnen und Kollegen in Kurzarbeit gegangen, freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekamen zum Teil keine Aufträge mehr, mussten sich andere Jobs suchen oder fielen in Hartz IV. Es gab ja kein explizites Hilfsprogramm, sondern man wurde sich selbst überlassen und musste dann in Hartz IV gehen. Zwar mit vereinfachten Zugangsberechtigungen, aber trotzdem sind das natürlich alles auch massive Einschnitte, insofern schwierig.

Es gab auch keine klassischen Pressekonferenzen mehr. Das Ganze wurde, wenn überhaupt, digital abgehalten, und das hat keine so große Eigendynamik, was kritische Nachfragen angeht, wie eine Veranstaltung vor Ort. Insofern waren wir in vielen Dingen beeinträchtigt. Gleichwohl waren wir konfrontiert mit einer immer größeren Aufmerksamkeit, auch der Bevölkerung, auch kritischer Aufmerksamkeit. Das hat schon an den Nerven gezehrt und da sind sicherlich auch Fehler gemacht worden.

Unabhängig von Corona hat man den Eindruck, dass die Medien aktuell generell immer mehr unter Kritik geraten. Warum ist das so?

Medienkritik hat es ja immer gegeben – wenn ich z.B. an die 70er-Jahre zurückdenke, mit dem Besetzen von Druckereien beim Axel Springer Verlag. Insofern ist dieses Phänomen nicht wirklich neu. Dass man sich kritisch mit Medien auseinandersetzt, dass man über soziale Netzwerke noch mehr Möglichkeiten hat als in der Vergangenheit, sehe ich erstmal als positiven Ansatz.

Natürlich gibt es die „Hater“, die den ganzen Tag nichts anderes machen, als Medien zu beschimpfen. Aber da sind wir ja sozusagen in guter Gesellschaft. Wir werden ja zum Teil auch als „Systemjournalisten“, als „Lügenpresse“ oder „Systempresse“ beschimpft.

Und wenn es Menschen gibt, die grundsätzlich ein Problem mit dem demokratisch organisierten System haben, ist es nicht verwunderlich, dass wir entsprechend auch als Journalistinnen und Journalisten in den Fokus kommen. Das heißt, dieses Schicksal teilen wir bis hin zu gewalttätigen Übergriffen mit Politikerinnen und Politikern, mit Bediensteten des öffentlichen Dienstes, ja sogar mit Rettungssanitätern. Es ist mir völlig unerklärlich, wie man zum Beispiel im Demonstrationsgeschehen Rettungssanitäter angreifen kann. Und genauso unerklärlich ist es mir, dass Journalistinnen und Journalisten verbal im Netz angegriffen und bedroht werden, aber auch gewalttätig vor Ort angegriffen und bedroht werden.

Gewalt ist natürlich ein No-Go, aber wo finden Sie Kritik an Medien und ihrem Agieren gerechtfertigt?

Letzten Endes war es in der Vergangenheit so, dass wir quasi als Prophet auf den Berg gestiegen sind und gesendet haben, aber kaum empfangen haben. Und das ist ein dramatischer Umbruch gerade insgesamt in der Branche Journalismus. Dass mehr kommuniziert wird, dass wir auch unsere Kräfte darauf lenken, mehr zu kommunizieren, und dass wir zum Beispiel auch Fehler klarstellen. Denn wir sind auch nur Menschen und natürlich machen Menschen auch Fehler. Und in der Vergangenheit hat man das unter dem Motto: „Das versendet sich“, irgendwie wegdefiniert. Das geht heute so nicht mehr. Insofern hat das auch an der Stelle einen positiven Effekt. Wir haben uns darauf eingestellt und natürlich ist es legitim, Medien auch für effektive Fehler, die gemacht werden, zu kritisieren. Und natürlich kann man auch immer die Frage aufwerfen: „Wer steckt hinter den Medien, also wer sind die Eigentümerinnen und Eigentümer? Wie ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk organisiert? Welche Einflussmöglichkeiten gibt es da?“ All das sind legitime Diskussionen in der Gesellschaft.



Das Problem scheint ja auch zu sein, dass sich diese Gesellschaft immer mehr polarisiert. Sehen Sie diese Polarisierung auch in den Medien?

Also innerhalb der Gesellschaft gibt es die Polarisierung zum Teil extrem. Innerhalb der Medien haben wir immer schon die Situation gehabt, dass zum Beispiel Tageszeitungen eine bestimmte Redaktionslinie hatten. Deswegen gibt es ja auch einen sogenannten Tendenzschutz für Verlegerinnen und Verleger. Also ein arbeitsrechtliches Instrument, sich im Zweifel auch von Menschen trennen zu können. Die Taz hat schon immer anders getickt als beispielsweise die Junge Freiheit. Die FAZ hat schon immer anders berichtet als die Süddeutsche Zeitung oder eine Regionalzeitung. Dass es eine grundsätzliche Linie gibt, ist völlig legitim. Aber ich stelle auch fest, dass selbst in Medien wie zum Beispiel dem „Fokus“ oder auch der „Welt“, die ja eher konservativ sind, auch immer wieder ganz andere Stimmen zu finden sind. Und die Mischung macht's! Schwierig wird es dann, wenn andere Meinungen gar nicht mehr zugelassen werden, und einen solchen Trend kann ich in den Medien nicht beobachten.

Natürlich, wenn ich jetzt „Taz“ oder „Welt“ gegenüberlege, das sind unterschiedliche Redaktionen, das sind unterschiedliche Weltbilder, zumindest in den Kommentierungen. Und da habe ich ja glücklicherweise noch eine Medienvielfalt in Deutschland, wo ich mir aussuchen kann, aus welchen Quellen ich mich informiere, und ich stelle fest, dass immer mehr Menschen sich aus immer mehr Quellen informieren. Und da ist es wichtig,

Medienkompetenz zu haben, also seriöse von unseriösen Quellen trennen zu können. Berichte von Kommentaren trennen zu können und auch die Ausrichtung des jeweiligen Mediums zu kennen.

Zu guter Letzt muss auch mehr denn je die Möglichkeit gegeben werden, abseits von Abonnements, auch Einzelartikel im Netz bezahlen zu können, sodass ich die Chance habe, mich mit mehreren Medien zu beschäftigen, ohne dass ich bei einem Dutzend Tageszeitungen ein Abonnement abschließen muss.

Wie kann man auf Medienbashing reagieren, beziehungsweise wie kann man dem vorbeugen?

Indem wir schlicht und einfach unseren Job gut machen, uns nicht beirren lassen und berufsethische Regeln konsequent einhalten. Und das passiert ja. In den Redaktionen wird zum Teil heftig darüber diskutiert, welche Ausrichtung Artikel oder Berichterstattung insgesamt haben. Und da dürfen wir uns nicht beirren lassen.

Auf der anderen Seite müssen wir uns aber auch bewusst machen, dass es diese Kritik zuweilen auch von Seiten gibt, wo wildeste Verschwörungsmymen kursieren, die ich bewusst nicht als Theorien bezeichne, weil Theorien ja in der Regel auf der Grundlage von Fakten beruhen. Das hat mit Fakten nichts zu tun, wenn ich einem Attila Hildmann zuhöre oder anderen Leuten. Da müssen wir uns gegen unberechtigte Kritik entsprechend schützen. Das ist manchmal persönlich gar nicht so einfach, wenn der berühmte Shitstorm über einen weht. Denn letzten Endes ist es unsere Aufgabe, nicht neutral und uneingeordnet weiterzuleiten, wenn Dinge behauptet werden, für die es keinerlei Beweise gibt. Dass Kinder in Kellern gehalten werden und denen Adenochrom abgezapft wird. Das kann man nicht einfach neutral transportieren. Aber das wird ja von solchen Gruppierungen zum Teil gefordert, und diese Forderung geht einfach an der Berufsethik vorbei.

Was tun gegen Medienbashing? Wir müssen einfach unseren Job gut machen.

Welchen Stellenwert räumen Sie in diesem Zusammenhang einer verstärkten Medienbildung ein?

Einen extrem hohen. Wir als Deutscher Journalistenverband fordern schon seit langer Zeit eine intensivere Behandlung des Themas Medienkompetenz auch in den Schulen. Am liebsten natürlich in einem eigenen Schulfach. Das kann aber auch in einem Schulfach sein, das – ich umschreibe es jetzt mal – Lebenskompetenz heißt. Denn auch wirtschaftliche Zusammenhänge sind ja vielen Schülerinnen und Schülern nicht bewusst. Politische, gesellschaftliche Zusammenhänge. Ich unterrichte als Professor in einer Medienhochschule und selbst im Wahlpflichtfach Sozialwissenschaften bekomme ich bis zu einem Drittel der Studierenden reingespült, die keinerlei Unterricht in Politik oder Sozialwissenschaften in einer Schule hatten. Das halte ich für eine dramatische Entwicklung. Das heißt, ein Fach, das all diese Aspekte berücksichtigt, wäre wichtig. Wir kennen zum Beispiel aus dem Wirtschaftsbereich diese Schilderungen, dass eine ehemalige Schülerin berichtet, dass sie überhaupt nicht weiß, wie man einen Miet- oder einen Arbeitsvertrag macht. Und einfachste Zusammenhänge dort eben auch nicht vermittelt bekommen hat. Das heißt, insgesamt Gesellschaftskompetenz fände ich sehr wichtig, und dazu gehört absolut auch die Medienkompetenz.

Was müssen die Medien aus der Coronakrise lernen?

Wir haben schon viel gelernt, auch was das Thema Digitalisierung angeht. Die müssen wir weiter vorantreiben, und zwar so, dass damit auch Einnahmen zu generieren sind. Weil Journalismus kein Hobby ist und auch eine Finanzierung sichergestellt werden muss. Das hört sich jetzt vielleicht von einem Gewerkschafter seltsam an, aber natürlich können die Medienhäuser auch nur das Geld investieren, welches sie einnehmen.

Da sind aus meiner Sicht in der Vergangenheit dramatische Fehler gemacht worden, indem zum Beispiel Tageszeitungsverlage massiv kostenfreie Inhalte ins Netz gestellt haben, mit dem Traum davon, dass sich das irgendwann refinanziert, beispielsweise durch Werbung. Werbung wiederum geht mittlerweile hauptsächlich direkt an die sozialen Netzwerke, sodass Medien davon nicht mehr profitieren. Aber wir müssen deutlich machen, dass Medienprodukte eben wertschätzen sind, in der mehrfachen Bedeutung dieses Wortes, sowohl inhaltlich, was die Professionalität angeht, als auch was die Bezahlung angeht. Und wir müssen uns bewusst machen, dass Krisensituationen wie Corona immer wieder kommen können. Viele haben beispielsweise ihre Wissenschaftsredaktionen schon aufgestockt.

Wir müssen uns bewusst machen, dass es immer wieder solche Themen und Ansätze gibt, auf die wir nicht vorbereitet sein können, und wo wir uns genau überlegen müssen, wie wir dort fachkundige Kolleginnen und Kollegen schnell an Bord holen und auch halten können. Mit Kurzarbeit hält man sie natürlich nicht.

Wenn ich irgendwo in der Gastronomie mal schlecht gegessen habe, sage ich ja auch nicht, alle Köchinnen und Köche sind schlecht

Die Coronakrise ist in vielen Branchen auch dazu genutzt worden, Sachen noch mal grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen. Wo würden Sie sagen, muss der Journalismus an seinen althergebrachten Traditionen festhalten und wo muss er sich vielleicht auch ganz neu erfinden?

Die Coronakrise hat wie ein Brennglas oder ein Durchlauferhitzer nur eigentlich schon vorhandene Entwicklungen verstärkt, zum Beispiel was das digitale Arbeiten angeht. Letzten Endes müssen wir einen guten Mittelweg finden. Es wird nicht funktionieren, dass wir alle Kolleginnen und Kollegen jetzt dauerhaft im Homeoffice haben. Der persönliche Austausch sowohl in den Redaktionen als auch mit denen, über die wir berichten, ist auch unglaublich wichtig. Das heißt, wir dürfen jetzt das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und die Notsituation, die wir ja objektiv hatten, jetzt sozusagen fortschreiben und beispielsweise sagen, wir entlassen Politikerinnen und Politiker, Managerinnen und Manager aus der Notwendigkeit, sich kritischen Fragen DIREKT zu stellen und nicht mit drei Tagen Beantwortungszeit aufgrund einer Presseanfrage, sondern bei konkreten Auseinandersetzungen in einer Pressekonferenz.

Das muss sich wieder ordentlich einbalancieren, sonst besteht die Gefahr, dass Marketing Journalismus pflegt. Das kann einer Gesellschaft nicht guttun.

Zum Schluss: Was würden Sie Medienkritikern gern mal nahebringen? Was würden Sie gern sagen, was sonst vielleicht in diesem Zusammenhang keine Beachtung bei Medienkritikern findet?

Beschäftigt euch mit der Bandbreite dessen, was Medien präsentieren. Natürlich geht es auch mir regelmäßig so, dass mir Berichte oder Kommentare nicht gefallen. Ich breche aber deswegen nicht den Stab über eine gesamte Branche. Wenn ich irgendwo in der Gastronomie mal schlecht gegessen habe, sage ich ja auch nicht, alle Gastronomen und alle Köchinnen und Köche sind schlecht. Also insofern: Ein bisschen mehr Selbstreflektion und ein bisschen mehr Beschäftigung mit Fakten tut da allen Seiten gut. Ja – auch den Journalistinnen und Journalisten.

Herr Professor Überall – vielen Dank!

Unser Ziel ist eine ökologische und soziale Marktwirtschaft. Wir müssen dabei die Nutzung der Umwelt aus einem Rahmenkonzept heraus begrenzen.
Das hat mit Planwirtschaft überhaupt nichts zu tun.

Klaus Töpfer
Ehrensensator des Senats der Wirtschaft

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Trotz gescheiterten Rahmenabkommens bleibt die Schweiz wichtig für die EU

Von Walter Döring



Dr. Walter Döring
Senate of Economy Europe

Sieben Jahre hat die Europäische Union mit der Schweiz über ein Rahmenabkommen verhandelt, um verschiedene bestehende Vereinbarungen zu aktualisieren und die Bande zwischen EU und der Schweiz fester zu knüpfen – Ende Mai ist es gescheitert, weil „die Schweiz nicht wollte“!

Die Schweizer haben damit wieder einmal unterstrichen, dass sie nicht nur den Behörden in Brüssel, sondern auch ihrer eigenen Regierung misstrauen; näher ran an die Europäische Union und Regelungen unterschreiben und Verpflichtungen eingehen – „nicht mit uns“, so die Schweizer Verhandlungsführer. Die Sorge vor Schweizer Souveränitätsverlust sowie die Angst, EU-Bürger würden vom Schweizer Sozialsystem profitieren, waren größer.

Sogleich hieß es alarmistisch „Geoökonomisches Desaster“, „Schlechte Nachricht für die Exportnation Deutschland“, oder auch „Schweizer Unternehmen werden es künftig schwerer haben, Geschäfte zu machen“.

Mag rein ökonomisch betrachtet alles stimmen. Sollte uns aber nicht davon abhalten, der Schweiz künftig deutlich mehr Aufmerksamkeit zu schenken; gewissermaßen „jetzt erst recht“!

Horchen wir doch einfach mal in uns hinein: Wann haben Sie zum letzten Mal einen größeren Beitrag in den deutschen Medien über die Schweiz, unseren nahe gelegenen und in weiten Teilen – im größten Teil der Schweiz! – auch unsere Sprache sprechenden Nachbarn Schweiz gelesen? Gut, den einen oder anderen vielleicht; wahrscheinlich in der Grenzregion. Und wie viele über China, die USA und z.B. Großbritannien? Eben! Wahrscheinlich liegt es daran, dass es doch eigentlich „läuft“ mit der Schweiz. Im Grunde aber doch ein schlechtes, nein: gar kein Argument dafür, dass die Schweiz in unseren Medien, wenn überhaupt, dann überwiegend nur „unter dem Radar“ wahrgenommen bzw. in der Berichterstattung berücksichtigt wird.

Wir sollten unseren Freunden in der Schweiz aber deutlich mehr Aufmerksamkeit schenken, denn sie sind von enormer Bedeutung für uns. Und dies gleich auf mehreren Gebieten: wirtschaftlich, kulturell, universitär, partnerschaftlich.

Es gilt, den technischen Fortschritt ganz gezielt zum Instrument für den humanen Fortschritt zu machen.

Hans-Dietrich Genscher
Ehrensenator des Senats der Wirtschaft

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Im Bloomberg Innovation Ranking 2021 belegt die Schweiz nach Südkorea und Singapur Platz drei vor Deutschland auf Platz vier

Fangen wir mal mit dem „Wirtschaftlichen“ an: Zwar ist China durchaus zurecht in aller Munde. Aber, die Handelsbilanz zwischen der Schweiz und z.B. Baden-Württemberg ist höher als die zwischen der Schweiz und China. Ministerpräsident Winfried Kretschmann: „Die Verflechtungen der Schweiz mit Baden-Württemberg sind sehr stark und über viele Jahre und Jahrzehnte gewachsen. Die Schweiz ist für uns in Baden-Württemberg zum Beispiel das wichtigste Importland und die Nummer drei bei den Exporten.“

Die Bedeutung der Schweiz für den Wohlstand in der EU wird gerne unterschätzt. Die Schweiz gehört zu den zehn wichtigsten Handelspartnern Deutschlands. Zu den Fakten: Importe in die Schweiz aus Deutschland im Jahr 2020: 46,2 Mrd. Euro, Exporte aus der Schweiz nach Deutschland: 37,7 Mrd. Euro, Importe in die EU aus der Schweiz: 108,6 Mrd. Euro, Exporte aus der EU in die Schweiz: 142,4 Mrd. Euro. Sehr beachtliche Handelsvolumina.

Die Schweiz bietet vielen Deutschen einen Arbeitsplatz: Nach Angaben des Auswärtigen Amtes „lebt, arbeitet und studiert eine große Zahl von Deutschen (rund 300.000, 14 Prozent der in der Schweiz ansässigen ausländischen Personen) in der Eidgenossenschaft. Auch die grenzüberschreitende, regionale Zusammenarbeit einschließlich beruflicher Grenzgängerinnen und Grenzgänger bildet einen Schwerpunkt der beiderseitigen Beziehungen“.

Blicken wir auf „das Kulturelle“: 2019 lehrten mehr als 940 deutsche Professorinnen und Professoren sowie 1800 Dozierende an Schweizer Universitäten, während 11.000 Deutsche an universitären Hochschulen der Schweiz studierten. In Deutschland waren mehr als 310 Professorinnen und Professoren, mehr als 1000 Mitarbeitende des wissenschaftlichen Personals und mehr als 3700 Studierende Schweizer Staatsbürger. Auch dadurch stehen die beiden Länder in einem intensiven Forschungsaustausch, aber auch in einem gegenseitig befruchtenden Innovationswettbewerb, der sie in jedem internationalen Innovationsindex an die Spitze führt: Im Bloomberg Innovation Ranking 2021 belegt die Schweiz nach Südkorea und Singapur Platz drei vor Deutschland auf Platz vier.

Meiner Meinung nach wäre „noch mehr drin“. Das dann, wenn z.B. auch die mit viel Vorschusslorbeeren gegründete internationale Bodensee-Konferenz (IKB) ihre Ziele erreicht, die sie sich bis 2023 gesetzt hat: die Bodenseeregion – Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, acht Schweizer Kantone sowie das Fürstentum Liechtenstein – als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur- und Wirtschaftsraum zu erhalten und zu fördern und die regionale Zusammengehörigkeit zu stärken. 27 Städtepartnerschaften deutscher mit Schweizer Städten unterstreichen das gegenseitige Interesse an „mehr Kontakt, mehr Miteinander“.

Die Schweiz hat enorm viel zu bieten und verdient deshalb unsere volle Aufmerksamkeit – jetzt erst recht!

TerraPlus® CityGreen – voll vegan

organic  BIO
farming



Der neue rein pflanzliche
Volldünger für nachhaltige
Grünflächenkonzepte.

Mehr erfahren unter:
www.compo-expert.com



EXPERTS FOR GROWTH



**COMPO
EXPERT®**



Foto: Tobias Koch

Manches ist durch Digitalisierung möglich – vieles durch Vereinfachung

Yvonne Magwas sieht beim Stand der Gleichstellung noch Luft nach oben

Von Michael Rolland



Yvonne Magwas (41) ist seit 2013 Bundestagsabgeordnete und seit 2018 Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Diplom-Soziologin vertritt als direkt gewählte Abgeordnete ihre Heimat, den Vogtlandkreis in Sachsen. Yvonne Magwas ist Mitglied in den Ausschüssen für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie für Kultur und Medien. Zudem ist sie stellvertretende Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands. Mit Yvonne Magwas sprach Michael Rolland.

Sie sind Vorsitzende der CDU/CSU-Arbeitsgruppe der Frauen. Wie sieht die Erfolgsbilanz in der Frauen- und Familienpolitik zum Ende dieser Wahlperiode aus ?

Wir sind gut vorangekommen und haben vieles auf den Weg gebracht, was die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann angeht. 100 Jahre Frauenwahlrecht in dieser Legislatur waren Anlass zu schauen, wo stehen wir, wo gibt es noch Verbesserungsbedarf. Beim Thema Sichtbarkeit und Frauenanteil in Parlamenten ist noch viel Luft nach oben im Deutschen Bundestag, aber auch in unserer Fraktion.

Welche Möglichkeiten bietet beispielsweise das Wahlrecht, um im Deutschen Bundestag und Parlamenten den Frauenanteil steigern zu können. Um hier besser zu werden, haben wir auf Initiative einer interfraktionellen Arbeitsgruppe eine Reformkommission beim Deutschen Bundestag einberufen. Unter dem Titel Sichtbarkeit von Frauen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst haben wir im Juni 2021 das Führungspositionen-Gesetz II verabschiedet. Es kann nicht sein, dass beispielsweise im gesamten Pflege- und Gesundheitsbereich sehr viele Frauen tätig sind, aber es etwa bei den Krankenkassen, je höher man dort in der Ebene der Hierarchien kommt, wenige Vorstandsfrauen gibt.

Es gibt immer noch Unterschiede bei der Bezahlung von Frauen und Männern, was ja auch Auswirkungen auf die Rente hat. Das darf so nicht bleiben.

A propos Führungspositionen-Gesetz. Brauchen wir eine feste Frauenquote in Parlament und Regierung sowie in der Wirtschaft?

Als Union haben wir es lange Zeit mit freiwilligen Selbstverpflichtungen versucht. Wir sagen zudem nicht, dass der Mittelstand eine Quote einführen muss. Das Führungspositionen-Gesetz II bezieht sich auf Unternehmen mit mehr als vier Vorständen. Das sind in Deutschland wenige führende Unternehmen, die auch Vorbildfunktion und -wirkung haben. Die Regelung, dass es bei vier Vorständen mindestens eine Frau geben muss, ist machbar, zumal die Übergangsfristen verlängert wurden und es hervorragend qualifizierte Frauen für Vorstandspositionen gibt. Für uns als Union ist es wichtig, selbst Vorbild zu sein und mitzuwirken, dass auch bei Bundesbehörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts mehr Frauen in Führungspositionen kommen. Darum konzentriert sich das Gesetz auch darauf. Zudem ist eine Forderung der Initiative Stayonboard – Mutterschutz für Vorstandsfrauen – im Gesetz verankert, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso bei Vorständen zu verbessern.

Sie waren in Studienzeiten auch unternehmerisch tätig. Stichwort Start-ups: Welche Anreize brauchen wir, um mehr Unternehmergeist vor allem bei jungen Menschen zu wecken?

Als Gruppe der Frauen haben wir das Thema Gründerinnen im Blick. Wir befassen uns damit intensiv. Was brauchen Gründerinnen besonders, lautete die Leitfrage einer Veranstaltung unserer Fraktion hierzu. Ein Fazit: Es gibt viel zu wenig Gründerinnen. Und es ist für Frauen oft schwieriger, an Gründungskapital zu kommen, auch weil es zu wenig Investorinnen gibt. Die erst kürzlich ins Leben gerufene Initiative Encourage Ventures bringt es auf den Punkt. Um die Gründungskultur junger Menschen zu fördern, müssen wir schon in der Schule anfangen. Ich finde es wichtig, das Selbstvertrauen junger Menschen zu stärken und zu sagen: „Ihr schafft das“. Schülerfirmen sind hierfür ein gutes Beispiel. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir gemeinsam mit der Wirtschaft eine Initiative starten, um die Gründung von Schülerfirmen zu unterstützen, und darauf achten, dass auch Schülerinnen sich beteiligen. Hier gibt es noch viel zu tun.



A propos viel zu tun. Was gehört für die neue Legislaturperiode ganz oben auf die Agenda einer modernen Frauen- und Familienpolitik?

Wir wollen, dass Frauenpolitik stärker als Querschnittsthema vorkommt: von Digitalisierung, Familien-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktthemen über Klima- und Umweltschutz bis hin zur Bundeswehr. Als Frauenunion und Gruppe der Frauen in der Fraktion haben wir unserem CDU-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Armin Laschet viel Inhalt für das Wahlprogramm an die Hand gegeben. Es gibt immer noch Unterschiede bei der Bezahlung von Frauen und Männern, was ja auch Auswirkungen auf die Rente hat. Das darf so nicht bleiben.

Grundsätzlich geht es auch um faire Bezahlung von Berufen, in denen hauptsächlich Frauen beschäftigt sind, Thema Pflege. Zudem wollen wir Familien mit Kindern weiter entlasten und Familien unterstützen, etwa durch digitalisierte Antragsverfahren.

Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine Fortentwicklung der Gleichstellungspolitik ist

Sie sind hauptberuflich Politikerin und Mutter eines zweijährigen Kindes. Wie verändert Corona die Gleichstellung hierzulande? Hat die Corona-Pandemie faktisch zu einem Rollback für Frauen geführt?

In der Pandemiezeit haben Familien sehr rational entschieden. Thema Homeschooling: Hier sind mehr Frauen zu Hause geblieben, oft weil sie weniger verdienen. Da sind wir wieder beim Thema Bezahlung. Frauen waren damit oft mehrfach belastet.

Auf Drängen der Union hat die Bundesregierung – um ein Beispiel zu nennen – mehrfach die Kinderkrankentage erhöht und die Finanzierung gesichert. Damit die Jobs in Zukunft nicht gefährdet sind und trotzdem pandemiebedingt die Kinderbetreuung abgesichert ist.

Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine Fortentwicklung der Gleichstellungspolitik ist. Damit Frauen ihre Potenziale voll einbringen können und es keine Rolle rückwärts gibt. Väter sollten deshalb noch mehr ermutigt werden, sich bei der Familienarbeit und Elternzeit einzubringen.

Sie gehören dem Deutschen Bundestag seit fast acht Jahren an und kandidieren im September für Ihre dritte Wahlperiode. Welches Motto braucht unser Land für die nächsten vier Jahre nach pandemiebedingten Lockdowns und Regulierungen?

„Stabilität und Erneuerung“, so wie wir es in unserem Regierungsprogramm formuliert haben. Wir müssen stärker in Zukunftstechnologien investieren. Ökologie und Ökonomie zusammen denken. Und wir brauchen eine umfassende Verwaltungsmodernisierung. Im Bereich der digitalen Bildung etwa haben wir gesehen, wie schwerfällig manche Prozesse geworden sind. Jedes Bundesland hat seine eigene Plattform entwickelt, hat ein unterschiedliches Niveau, was die Ausstattung von Schulen mit digitaler Infrastruktur betrifft. Das hat zu großem Unmut geführt.

Wir brauchen dringend neue Kooperationsformen zwischen Bund und Ländern, aber auch zwischen den Bundesländern. Mit weniger Bürokratie und mehr Prozessoptimierung. Manches ist durch Digitalisierung möglich, vieles aber auch durch Vereinfachung.

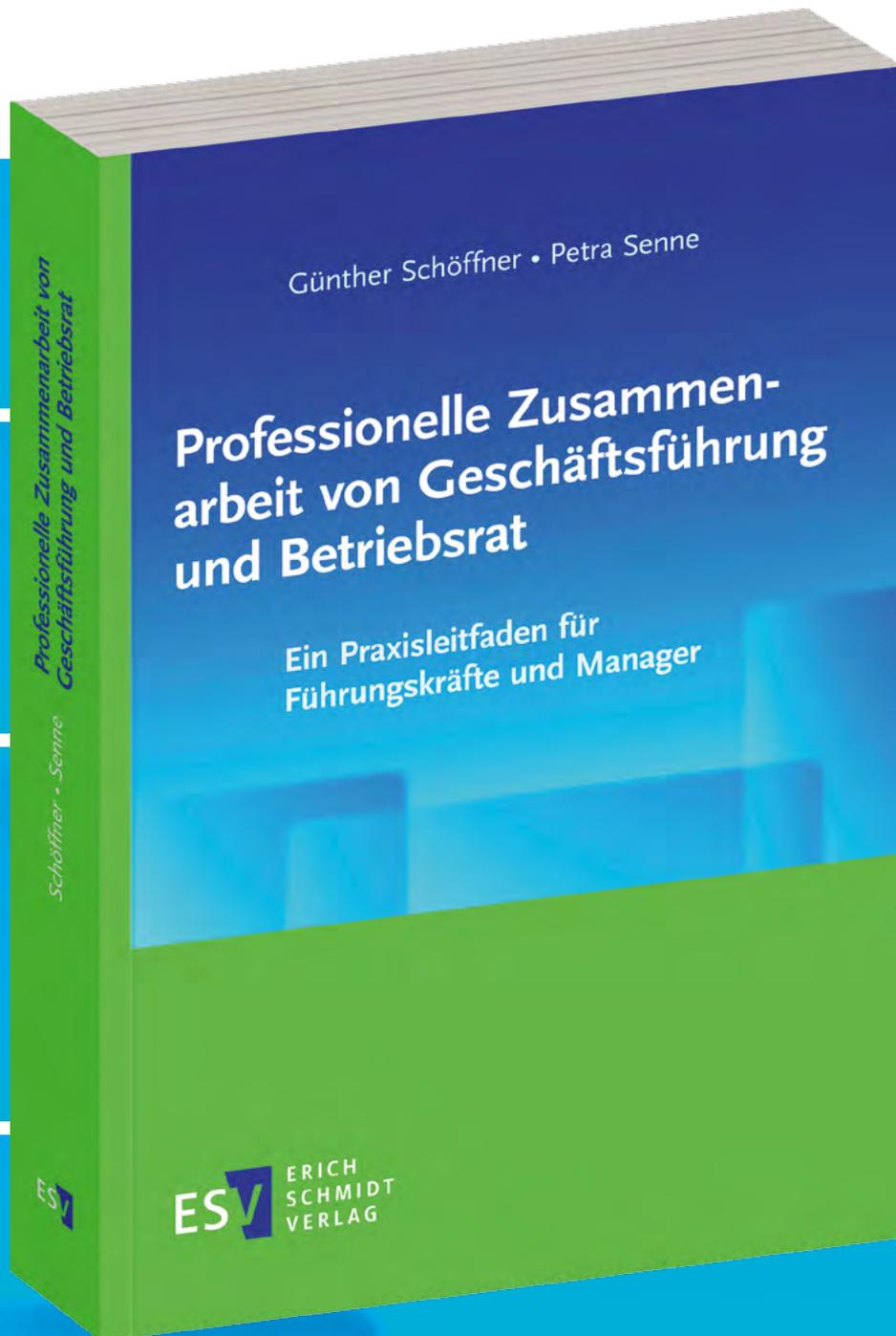


In der lebendigen Natur geschieht nichts, was nicht in
Verbindung mit dem Ganzen steht.

Johann Wolfgang von Goethe



Eine Initiative des Senats der Wirtschaft



Buchtipps

„Professionelle Zusammenarbeit von Geschäftsführung und Betriebsrat“

Ein Praxisleitfaden für Führungskräfte und Manager



Die Buchautoren Petra Senne und Günther Schöffner

Wie können Manager die Kooperation mit Betriebsräten zum Nutzen des Unternehmens gestalten?

Der Betriebsrat ist nicht, wie in manchen Chefetagen lange hinter vorgehaltener Hand als ehernes Gesetz betrachtet, der natürliche Feind des Unternehmers. Mit diesem Tenor leitet Dieter Härthe, Ehrenvorsitzender des Senats Deutschland, sein Geleitwort für dieses Buch ein. Die Autoren dieses Werks, Senator Dr. Günther Schöffner, und die Professorin für Arbeits- und Betriebsverfassungsrecht der Westfälischen Hochschule, Prof. Dr. Petra Senne, sehen das genauso. In ihrem Werk reflektieren sie die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitervertretern aus der Überzeugung heraus, dass Manager und Führungskräfte diese Zusammenarbeit aktiv zum Wohl des Unternehmens und seiner Stakeholder gestalten sollten.

Das Buch will Ratgeber sein, der Führungskräften die Souveränität in der Betriebsratskooperation vermitteln soll, die sie für eine aktive Gestaltung brauchen. Dazu wird zum einen der rechtliche Rahmen skizziert, in dem sich die Betriebspartner bewegen, zum anderen wird diese Kooperation aus der Managementsicht betrachtet. Anhand von über 50 realen Praxisfällen werden alltägliche Probleme in der Zusammenarbeit mit Betriebsräten aufgezeigt und geeignete Handlungsmöglichkeiten erörtert. Die betrachteten Beispiele ereignen sich immer wieder in unterschiedlichen Unternehmen, sodass die Leserschaft diese in die eigene Situation projizieren und praktische Lösungen ableiten kann.

Das Buch steckt dabei zunächst den rechtlichen Handlungsrahmen ab, damit die Agierenden um ihre Verantwortung und ihre Handlungsmöglichkeiten wissen. Sowohl die Mitwirkungsrechte des Betriebsratsgremiums und seiner Mitglieder werden beschrieben als auch deren oftmals etwas vernachlässigte Pflichten. Im zweiten Abschnitt widmet sich das Buch der Frage, was die vielfach zitierte vertrauensvolle Zusammenarbeit aus rechtlicher und aus Managementperspektive bedeutet. Das Werk zeigt Möglichkeiten auf, wie sich auch bei schwierigen Beziehungen eine langfristig stabile und konstruktive Kooperation der Betriebspartner etablieren lässt. Ein weiterer Teil beschreibt typische Handlungsmuster von Betriebsräten und Managern, die sich bei der Kooperation

häufig zeigen. Die Beschreibung regelmäßig vorzufindender dysfunktionaler Fehlentwicklungen der Zusammenarbeit helfen der Leserin und dem Leser, diese im eigenen Wirkungsfeld zu erkennen und praxismögliche Lösungen zu finden. Im vierten Teil werden immer wieder zu klärende Themen aufgegriffen, rechtlich eingeordnet und Handlungsmöglichkeiten aus Managementsicht angeboten. Abschließend erfolgt ein kurzer Ausblick über die Betriebsratsarbeit und -kooperation der Zukunft. Die Digitalisierung macht davor nicht halt, weshalb auch hier über andere Konzepte nachgedacht werden muss.

Entstanden ist ein Praxisleitfaden für Unternehmenslenker, Führungskräfte und Manager, mit dem die nötige Souveränität für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Betriebsräten entwickelt und beibehalten werden kann.

Schöffner, Günther/Senne, Petra:
Professionelle Zusammenarbeit von
Geschäftsführung und Betriebsrat.
Ein Praxisleitfaden für Führungskräfte und Manager.
Erich Schmidt Verlag, Berlin 2021
ISBN 978-3-503-20022-1
Auch als eBook erhältlich:
ISBN 978-3-503-20023-8

Wer nach vorne blickt, weiß nie, was wirklich Sinn ergibt.
Nur im Rückblick erscheint etwas logisch.

Steve Jobs

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Gehaltstransparenz und faire Bezahlung

Es braucht ein Quäntchen Mut, aber dann ist es ein klarer Wettbewerbsvorteil

Robert Szilinski und die Esentri AG erhalten den ersten Universal Fair Pay Check Awards

Von Marc Härthe

Herr Szilinski, wie wird man denn erster Preisträger des Universal Fair Pay Check Awards?

Laut Statistischem Bundesamt haben Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen im Durchschnitt 18 Prozent weniger am Ende des Monats im Portemonnaie. Das wird zwar immer wieder öffentlich angeprangert, aber im eigenen Unternehmen wollen Manager dann doch lieber nicht so genau hingucken. Die IT-Beratung Esentri aus Ettlingen ist einen anderen Weg gegangen: Sie holten sich Hilfe von Profis wie dem gemeinnützigen Berliner FPI, um Lohnlücken aufzuspüren und auszumerzen.

Das ist eine gute Frage. Ich hätte gesagt, indem man mit gutem Beispiel vorangeht und vielleicht auch Glück hat, die richtigen Partner kennenzulernen. Für uns war das immer ein Herzensthema in der Firma. Also, dass wir Chancengleichheit herstellen möchten – das ist tief in unseren kulturellen Werten verankert. Und wir hatten tatsächlich vor einigen Jahren schon Initiativen. Wir haben damals schon versucht, Kriterien festzulegen, mit denen wir Gehaltstransparenz herstellen können. Aber da ging es um Gehaltstransparenz, nicht im Sinne von: Wir hängen die Gehaltsliste ans Whiteboard, sondern darum, einen transparenten Prozess zu haben, wie man Chancengleichheit und faire Gehälter herstellt. Und damit sind wir zunächst gescheitert. Wir haben das mit mehreren Workshops versucht und sind am Ende des Tages aber nicht zu einem wirklich befriedigenden Ergebnis gekommen. Dann hatten wir aber das Glück, einen Partner, nämlich das Fair Pay Innovation Lab, kennenzulernen, die sowas schon europaweit gemacht haben, sehr viel Erfahrung mitbringen und die uns dann als eine der ersten deutschen Firmen an die Hand genommen haben.



Wie sind Sie denn als aufstrebendes Start-up auf genau dieses spezielle Thema der gleichen Bezahlung von Mann und Frau gestoßen?

Da muss ich gleich vorwegnehmen, dass es bei uns nicht nur um die gleiche Bezahlung von Mann und Frau geht. Das ist ein enorm relevanter Faktor, der auch auf der Hand liegt, weil er sehr schnell zu ermitteln ist. Unser Ansinnen ging aber eigentlich viel tiefer. Wir pflegen eine sehr offene Unternehmenskultur und da gab es den Impuls der Mitarbeiter, die gesagt haben, sie möchten gerne besser verstehen, nach welchen Kriterien Gehaltserhöhungen ausgesprochen werden. Da ging es nicht um die Löhne an sich, aber um die Kriterien.

Das ist im Rahmen einer Leistungskultur zu sehen, dass da Transparenz ist und man auch weiß, was belohnt wird und ob es auch ausgeglichen ist. Also sprich, da stand die Frage im Raum: Sind wir im Sinne von Diversity eigentlich in der Lage, Fairness und Chancengleichheit für alle zur Verfügung zu stellen? Diese Frage wurde ganz offen gestellt. Darauf basierend hat sich dann dieser Prozess in Gang gesetzt, wohl wissend, dass wir mit nicht mal 100 Mitarbeitern natürlich noch sehr viel mehr Themen

und auch viel Bürokratie stemmen müssen, aber es war unseren Mitarbeitern eben auch ein Herzenswunsch, das Thema wirklich anzugehen. Und es kommt noch ein zweiter Punkt hinzu, der ganz wichtig ist. Wir machen uns dafür stark, mehr Frauen in die männerdominierte IT zu bekommen.

Was keine ganz einfache Geschichte ist. Deren Anteil ist nach wie vor sehr klein in diesen Berufen. Und wir sind ein großer Fan von diversen Teams. Und die Maßnahme zahlt natürlich auch darauf ein, Frauen für die IT zu gewinnen und auch im Speziellen dann für unser Unternehmen: weil es ein elementarer Wert ist, den wir da haben. Es zeigt sich schon jetzt, dass sie erfolgreich ist, weil wir deutlich mehr Bewerbungen auch von Frauen haben.

Über Geld spricht man nicht, sagt man.

Dass wir es gemacht haben, hat ein bisschen Mut erfordert, ist uns aber letztlich relativ leichtgefallen.

Hand aufs Herz: Ist es Ihnen als klassisch männlicher Chef denn eher schwergefallen, sich auf das Thema einzulassen am Anfang?

Mir ist es tatsächlich eher leichtgefallen, weil ich selber früher auch angestellt war. Ich bin ja nicht als Chef auf die Welt gekommen. Ich war vier Jahre im Angestelltenverhältnis.

Ich kenne also durchaus auch die Fragestellung der Mitarbeiter. Insofern war uns und entsprechend auch meinem Vorstandskollegen dieser Weg relativ nah. Man macht sich natürlich Gedanken. Wir haben uns gefragt: „Was macht mehr Transparenz in diesem Prozess mit uns als Unternehmen?“ Man sagt so schön, über Geld spricht man nicht. Dass wir es tatsächlich gemacht haben, hat ein bisschen Mut erfordert, ist uns aber letztlich relativ leichtgefallen.

Wenn ich dieses Thema noch nicht auf dem Schirm habe, wie kann ich es dann am besten angehen? Wer hilft mir dabei?

Wir haben uns durch das Fair Pay Innovation Lab unterstützen lassen. Ich habe keine Liste an Dienstleistern, die einem da helfen können. Aber ich glaube tatsächlich, man muss bei sich selbst anfangen. Das wäre wahrscheinlich die beste Antwort. Dass man sich genau die eben angesprochenen Gedanken macht. Wie weit bin ich bereit zu gehen, auch im Unternehmen? Welche Ängste muss ich berücksichtigen? Was für Bedürfnisse haben meine Mitarbeiter? Und

welche Kultur für die Zukunft möchte ich eigentlich etablieren? Weil, der Wettbewerb macht aus so einem Thema Fair Pay auch nicht einfach nur so ein Soft-Skill-Thema, wo man sagt, das ist nett zu haben, sondern ich glaube, dass die Unternehmen sich aufstellen müssen und dass man sich auf verschiedenen Ebenen Unterstützung holen sollte, um so einen Prozess zu begleiten. Das muss übrigens nicht nur das Thema Gehalt sein, sondern das ist aus meiner Sicht ein kultureller Prozess.

Da gibt es natürlich sehr viele Beratungen, die in dem Umfeld unterwegs sind und sicherlich unterstützen können. Aber in erster Linie ist es dieses Quäntchen Mut, das es braucht, am Ende des Tages vielleicht auch noch Hilfe erzeugen zu können.

Es gibt ja mittlerweile auch eine entsprechende EU-Richtlinie ...

Ja, da bin ich jetzt selber zwar kein Experte, aber es ist so, dass in unterschiedlichsten Ländern in Europa bereits Gesetzesinitiativen laufen. Also nicht nur in der EU, sondern auch in den unterschiedlichen Ländern, und das Thema Gleichbehandlung, gerade beim Thema Gehalt, wird sicherlich auch als EU-Richtlinie kommen und dann auch in den einzelnen Ländern umgesetzt werden müssen. Was heißt, jede Firma ab einer gewissen Größe wird an der Stelle liefern müssen. Da ist es dann schon aus regulatorischen Gründen oder aus Gesetzgebergründen notwendig, dass ich mich mit dem Thema beschäftige. Mein Rat wäre, nicht zu warten, bis die Gesetze kommen, sondern proaktiv in das Thema einzusteigen, weil man dann auch einen Wettbewerbsvorteil hat.

Frage nicht, was dein Land für Dich tun kann. Frage vielmehr, was Du für dein Land tun kannst.

John F. Kennedy

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Ich möchte, dass Kinder in einer Welt aufwachsen, wo Mädchen und Jungen die Chancengleichheit bekommen, die sie verdient haben

Welchen Wettbewerbsvorteil?

Es ist so, ein Siegel zu haben im Sinne von: Man ist zertifiziert, fair zu bezahlen und in der höchsten Ausbaustufe sogar den Gehaltsprozess nach außen hin transparent zu machen, also: Wie stellt sich ein Gehalt zusammen, beispielweise. Das sorgt natürlich schon dafür, dass Leute angezogen werden, Wissensmitarbeiter beispielweise, denen die Sinnhaftigkeit und die Wirksamkeit ihrer Tätigkeit extrem wichtig ist, und die dort arbeiten wollen, wo sie das Gefühl haben, das ist fair oder das entspricht ihren Werten. Stichwort Fachkräftemangel, den es am Markt ohne Frage gibt. Ich glaube, dass das ein enormer Wettbewerbsvorteil ist, um die besten Leute zu bekommen.

Glauben Sie also, das Thema faire Bezahlung, Gleichbezahlung wird künftig mehr auf der Agenda der Unternehmen hier in Deutschland stehen?

Davon bin ich überzeugt. Und da muss ich sagen, fühle ich mich beim Senat der Wirtschaft gut aufgehoben, wo es viele Unternehmer gibt, die ich kennenlernen durfte, die meine Meinung teilen und sehen, dass diese Reise dort hingehen wird. Und wenn wir ehrlich sind, ich habe beispielsweise auch zwei Kinder, einen Jungen und ein Mädchen.

Ich möchte, dass die in einer Welt aufwachsen, wo beide die Chancengleichheit bekommen, die sie verdient haben – dass meine Tochter genauso behandelt wird wie mein Sohn und andersrum. Das muss doch eigentlich ein elementarer Grundwert sein, den wir hier in der Europäischen Union haben, und auch in Deutschland sollte das eine gesellschaftliche Frage sein, die wir ernsthaft beantworten müssen.

Die Antwort auf die Klimafrage steht auf Milliarden Blättern.



Beleafit



Wenn wir gemeinsam 1.000 Milliarden Bäume pflanzen,
kühlen wir unsere Erde um bis zu 1° C ab. #Beleafit

Jetzt mitpflanzen! Unter plant-for-the-planet.org
oder in der **Plant-for-the-Planet App**

In Partnerschaft mit dem



**SENAT DER
WIRTSCHAFT**



Klimapolitik

Joe Biden und die Klimarettung

Sind die USA bei der globalen Energiepolitik zurück an der Seite der EU?

Von Lars Jäger

Die USA deklarieren sich seit Neuestem wieder als Klima-Champion, eine Rolle, die sie zuletzt in den 1980er-Jahren derart deutlich für sich beanspruchten, damals noch zu Recht. Doch klar ist: Joe Biden setzt mit aller Deutlichkeit neue Schwerpunkte. Auf seinem zweitägigen Gipfel mit der Welt-Politprominenz im April erreichte er bereits deutlich mehr als die Uno im gesamten letzten Jahr. Auf dem G7-Gipfel in Cornwall wurde nun klar gesagt, dass die füh-

renden westlichen Wirtschaftsmächte künftig die zugesagten 100 Billionen Dollar pro Jahr für die Finanzierung des Klimaschutzes in Entwicklungsländern aufbringen und bis zum Jahr 2030 mindestens 30 Prozent der Meeres- und Landfläche der Erde unter Schutz stellen werden. Auch im unmittelbar darauffolgenden Meeting Bidens mit dem russischen Präsidenten Putin in Genf ging es unter anderem um den Klimawandel.



Lars Jaeger
Physiker und Philosoph



Um den Kontext klarzumachen, hilft ein Blick auf den Hintergrund: Im Dezember 2019 beschloss die Europäische Kommission den großen „European Green Deal“. Bis 2050 sollen die Nettoemissionen von Treibhausgasen innerhalb der Europäischen Union auf null reduziert sein. Die Restmengen an CO₂, die dann durch den Menschen noch emittiert werden, müssen durch Maßnahmen wie CO₂-Speicherung und Aufforstung ausgeglichen werden. Damit wäre Europa der erste klimaneutrale Kontinent überhaupt.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die CO₂-Emissionen bis 2030 im Vergleich zum Basisjahr 1990 um 55 Prozent sinken – ein sehr sportliches Vorhaben. Zu diesem Zweck will die EU innerhalb des Jahrzehnts der 2020er-Jahre rund eine Milliarde Euro investieren. Dabei wollte das EU-Parlament eigentlich noch mehr: eine Senkung der Klimagase um 60 Prozent und eine schärfere Berechnungsmethode. Gestritten wurde im Wesentlichen lange darüber, ob und inwieweit die Mengen Kohlendioxid, die Wälder, Pflanzen und Böden speichern, einberechnet werden. Doch im April 2021 wurden die Ziele endlich gesetzlich verankert. 15 Klimaexperten sollen die Umsetzung der Ziele begleiten.

Nur wenige Monate nach der Bekanntgabe der originalen Pläne der EU-Kommission folgte China und gab bekannt, dieses Ziel im Jahr 2060 erreichen zu wollen. Und der im Januar 2021 ins Amt gekommene US-Präsident Joe Biden will sein Land nun ebenfalls schnell auf diesen Kurs bringen.

Er will die Klimapolitik sogar zum Zentrum seiner Außenpolitik machen und staatliche Subventionen für fossile Energieträger massiv beschränken. So kündigte er auf der virtuellen globalen Energiekonferenz Ende April 2021 an, die Vereinigten Staaten werden ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50–52 Prozent unter das Niveau von 2005 senken. Dies wiederum ließ andere Länder folgen: Auf dem Klimagipfel, der am 23. April 2021 zu Ende ging, kündigten mehrere Länder an, ihre Klimaziele weiter zu erhöhen:

- Kanada hob seine Ziele der CO₂-Reduktion von 30 auf 40–45 Prozent für 2030 gegenüber 2005 an.
- China stellte eine Verringerung seines Kohleverbrauchs nun bereits ab 2025 in Aussicht.
- Japan will nun seine CO₂-Emissionen bis 2030 um 46 Prozent im Vergleich zu 2013 verringern, nachdem zuvor nur 26 Prozent vorgesehen waren.
- Großbritannien war sogar mit der Ankündigung einer 78-prozentigen CO₂-Einsparung bis 2035 vorgeprescht.
- Aus der europäischen Initiative ist damit eine globale Dynamik geworden. Doch anders als in Europa muss diese noch gesetzlich verankert werden. Bisher sind alles nur Ankündigungen. Mit möglichst großem Einfluss umsetzbar sind sie, wenn unter anderem die beiden folgenden generellen Probleme gelöst werden:

Es wird sich zeigen, ob die USA den durch die Versäumnisse der Vergangenheit entstandenen Rückstand aufholen kann

- 40 Prozent der in Europa verbrauchten Energie wird für die Heizung von Gebäuden aufgewendet; vier Fünftel davon zum Heizen. Die Wärmedämmung von Altbauten kommt jedoch nur schleppend voran. Wenn die Renovierungsgeschwindigkeit nicht deutlich ansteigt, wird es trotz aller Anstrengungen der letzten Jahrzehnte weitere hundert Jahre dauern, den Wärmeverlust durch schlecht gedämmte Gebäude in den Griff zu bekommen.
- Es mangelt noch an staatenübergreifender Zusammenarbeit. Beispielsweise wäre ein europäischer Stromverbund ein großer Schritt in Richtung Grundlastfähigkeit für Wind- und Sonnenenergie. Eine Verbindung der windreichen Regionen Nordskandinavien, Nordatlantik/Nordsee und Balkan sowie der sonnenreichen Gegenden Südeuropas mittels Hochspannungs-Gleichstromleitungen würde die Unsicherheiten in der Verfügbarkeit von Wind- und Sonnenenergie deutlich verringern.

Der Vergleich der großen Mächte Europa, China und USA zeigt, dass Europa und China in den letzten Jahren willens und in der Lage waren, das Klimaproblem anzugehen – und dass ihre Wirtschaft angesichts dieser Entschlossenheit offenbar keinen Schaden nimmt. Die Innovationskraft der USA auf dem Feld der erneuerbaren Energien könnte dagegen durch die langen Jahre der Ignoranz ins Hintertreffen geraten sein. Kein Wunder, dass Biden die Klimapolitik nun so hart vorantreibt. Die jahrzehntelang vernachlässigte und notorisch schlechte Infrastruktur des Landes verschärft die Probleme nur. In einem Land mit großen Entfernungen tragen die strukturellen Versäumnisse zum Wettbewerbsnachteil bei. Genau dies will Joe

Biden nun angehen. Doch während China, ebenfalls ein großes Land, sein Eisenbahnsystem in den letzten 20 Jahren in atemberaubendem Maße ausgebaut hat und man unterdessen mit dem Zug die Entfernung von mehr als 1300 km zwischen Peking und Shanghai in 4h30min bewältigen kann, gibt es zwischen San Francisco und Los Angeles noch nicht einmal eine direkte Zugverbindung, und mit Umsteigen braucht ein Zugreisender für die ca. 600 km lange Entfernung – weniger als die Hälfte der zwischen Peking und Shanghai – fast 13 Stunden.

Es wird sich zeigen, ob die USA den durch die Versäumnisse der Vergangenheit entstandenen Rückstand aufholen kann. Bidens Problem wird der Widerstand der Republikaner im Senat sein. Wenn die Regel immer noch zutrifft, dass 60 Stimmen benötigt werden, um die dafür notwendigen Gesetze durchzubekommen, müssten zahlreiche Republikaner Bidens Paket unterstützen. Das erscheint jedoch höchst unwahrscheinlich. Mit Ausnahme der Obama-Jahre wurde die nationale US-Klimapolitik vierzig Jahre lang fast ausschließlich von einer rechtskonservativen Ideologie bestimmt. Es bleibt abzuwarten und zugleich stark zu hoffen, ob und dass sich dies nun deutlich verändert.

Lars Jaeger, 1969 in Heidelberg geboren, studierte Physik, Mathematik, Philosophie und Geschichte. Er ist als Autor sowie unternehmerisch tätig. In seinen Büchern und Artikeln beschäftigt er sich mit Fragen zur Geschichte der Wissenschaft, deren Einfluss auf die moderne Gesellschaft und ihrem Verhältnis zu spirituellen Traditionen.

Euer Glück hat keinen Preis und wird nicht gehandelt.
Es ist keine App, die auf das Handy heruntergeladen wird.

Papst Franziskus

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Statement

Brauchen wir Kultur auf Rezept?

Schulmedizin und Naturheilkunde müssen keine Gegensätze sein



Prof. Dr. Hartmut Schröder

Evidenz von Kultur für Gesundheit und Wohlergehen

Kurz vor der Pandemie hat die Weltgesundheitsorganisation im November 2019 in einem Bericht auf der Grundlage von 962 Studien die Evidenz von Kultur für Gesundheit und Wohlergehen aufgezeigt und Maßnahmen empfohlen. Die Medien reagierten darauf mit Meldungen, dass es bald „Kultur auf Rezept“ geben werde und nannten beispielhafte Initiativen in Kanada, Skandinavien und Großbritannien, aber auch in Deutschland. Höhepunkt der weltweiten Initiativen unter dem Motto „Kultur heilt“ war eine einjährige Kampagne „Kultur auf Rezept“ der Ärztekammer der finnischen Stadt Turku im Jahr 2011, die damals Kulturhauptstadt Europas war.

Das British Medical Journal veröffentlichte 2019 eine Studie, in der nachgewiesen wird, dass Teilhabe an Kultur gesundheitsfördernd und lebensverlängernd wirkt: Wer mehr als zweimal im Jahr an einem Kulturerlebnis teilnahm, verminderte gemäß der Studie sein Sterberisiko um 31 Prozent. Medscape gab daraufhin in einem Bericht über die Studie eine Empfehlung an die Leserschaft: „Wer sich selbst oder seine Liebsten lange am Leben halten möchte, sollte ihnen womöglich Konzertkarten oder ein Theater-Abo zu Weihnachten schenken“.

Der wichtige Beitrag von Kultur für Gesundheit und Wohlergehen wird sichtbar, wenn der Zugang zu ihr begrenzt oder sogar versperrt ist. Die im Rahmen der Pandemie durch die Politik verfügten Maßnahmen treffen den Kulturbereich besonders heftig und verursachen Leid nicht nur für die Kulturschaffenden, sondern für alle Menschen – gerade auch für Kranke, Schwache und Alte. Resonanz Erfahrungen und das Gefühl von Kohärenz durch kulturelle Erlebnisse sind unverzichtbar.



Grand Hotel Heiligendamm

Medizinische Erklärungen für die „heilende Kraft“ der Kultur liefert die Psychoneuroimmunologie. Kultur kann als Sinn- und Bedeutungsgeber für menschliche Gemeinschaften gesehen werden und ermöglicht gerade auch in Notsituationen Orientierung sowie eine bessere Bewältigung von Herausforderungen.

Brauchen wir eine Kulturheilkunde?

Der Begriff Kulturheilkunde ist Ausdruck für eine neue Sicht auf Krankheit und Heilung. Bei aller Wichtigkeit von Arzneimitteln und den Möglichkeiten der modernen Chirurgie benötigt Heilung mehr als nur spezifische Wirkmittel. Nachhaltige Heilung braucht vielmehr Zeit und ein Resonanzfeld für Körper und Geist. Ein solches Resonanzfeld bildet Kultur, die auch ein tiefes und sehr frühes Bedürfnis von Menschen nach dem Schönen und Spielerischen sowie nach Muße, Entschleunigung und Zweckfreiheit ausdrückt. Kultur ist die wohl letzte Domäne, in der dies noch möglich ist, und gibt dadurch Impulse für Heilung. Kulturheilkunde drückt eine therapeutische Haltung jenseits von einzelnen medizinischen Verfahren aus: Sie stellt den kranken Menschen in seinem natürlichen und kulturellen Umfeld in den Mittelpunkt und zielt – in Anlehnung an das antike Konzept der Diätetik – auf eine Lebenskunst, die für Gesunderhaltung und

Heilung förderlich ist. Kulturheilkunde beansprucht also keineswegs, ein eigenständiges Heilverfahren oder Ersatz für eine medizinisch sinnvolle Therapie zu sein. Sie hat vielmehr zum Ziel, alle Akteure des Heilungsgeschehens (Patienten, Ärzte und Therapeuten sowie Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft) auf das Potenzial der Kultur aufmerksam zu machen.

Die Praxis der Kulturheilkunde

In der Heilkunst der Antike war die Gestaltung von Heilstätten von allergrößter Wichtigkeit. Ein Blick auf ein Askleipion lässt dies ohne Zweifel erkennen. Trotz der medizinischen Fortschritte in der Moderne gelingt es heute nicht mehr, die Stätten der Heilung (Apotheken, Kliniken und Praxen) auch zu heilsamen Umgebungen werden zu lassen.

Die Kulturheiltage verstehen sich als eine Art „Gesamtkunstwerk“, das durch alle Beteiligten in einem schöpferischen Prozess geschaffen wird, in dem jeder ein Künstler ist

Eine zu enge, funktionale und rein monetäre Sicht auf Abläufe, Prozesse und Strukturen führt vielmehr dazu, dass das große Potenzial von Heilimpulsen durch eine passende Gestaltung im Außen sowie eine förderliche Haltung der Akteure im Innen ungenutzt bleibt.

Der Nutzen gestalterischer Maßnahmen in Kliniken und Praxen ist indes durch Studien gut belegt. Menschen in einer angenehmen Umgebung werden seltener krank, gesunden im Falle einer Erkrankung schneller und brauchen weniger Medikamente. Das Umfeld beeinflusst Blutdruck und Herzfrequenz sowie weitere wichtige Parameter des menschlichen Wohlbefindens. Was die Kultur der Gestaltung betrifft, so gibt es mittlerweile zahlreiche und gute Anknüpfungspunkte, die noch viel zu wenig genutzt werden. So hat die Technische Universität Berlin einen Forschungsschwerpunkt „Healing Architectures“ aufgebaut, in dessen Rahmen praktische Konzepte entwickelt werden.

Kulturheiltage

Im Entstehen begriffen ist auch ein neues Format für die Gesundheitsförderung, das die Ideengeber, der Philosoph Christoph Quarch und der Vizepräsident der Internationalen Gesellschaft für Natur- und Kulturheilkunde e.V. Hartmut Schröder, Kulturheiltage nennen.

Die Idee der Kulturheiltage ist es, außerhalb der „Logik“ von Beschleunigung, Wachstum und Zweckorientierung Zeit und Raum für Genuss, Muße und Stille zu bieten. Dadurch soll ein zumindest temporärer Ausstieg aus äußeren Zwängen ermöglicht werden. Gleichzeitig soll erfahrbar werden, dass sowohl kul-

turelle Partizipation als auch kulturelle Eigentätigkeit heilsame Effekte haben. Kulturheiltage sollen für die Teilnehmenden zu einer Art Zeitinsel werden, auf der sie die heilende Kraft der Kultur spüren. Durch eine begleitende kultur-heilkundliche Sprechstunde bei Therapeuten, Künstlern und Philosophen sollen schließlich Anstöße für Menschen von heute gegeben werden: Im Dialog entstehen für jeden Einzelnen alltagstaugliche Konzepte für einen natürlichen und kulturvollen Lebensstil.

Zu den Inhalten von Kulturheiltagen gehören kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten durch Musik und Tanz, Text, Malerei und Bildhauerei sowie durch das philosophische Gespräch. Genuss mit allen Sinnen, Spiel und Kreativität, Begegnung und Bewegung, Entschleunigung, Achtsamkeit, bewusste Ernährung sowie kulturelle Inspirationen sollen zu einem Raum der Muße und der Selbstvergessenheit führen, in dem Heilung gelingen kann. Letztendlich verstehen sich Kulturheiltage als eine Art „Gesamtkunstwerk“, das durch alle Beteiligten in einem schöpferischen Prozess geschaffen wird, in dem jeder ein Künstler ist.

Zu wenig Kultur macht krank

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass in gleicher Weise, in der Kultur Gesundheit und Heilung fördern kann, die Nichtteilhabe an Kultur ein größeres Risiko zu erkranken impliziert bzw. den Prozess der Heilung erschweren kann. Auf einem Plakat der Initiative „Kultür Potsdam“ (<http://kultuer-potsdam.de/>) zur kulturellen Teilhabe in Krisenzeiten heißt es: „Corona hat gezeigt, dass ein Kulturdefizit auch krank machen kann“.

Kulturheilkunde ist daher ein Gebot der Stunde.

Kulturheiltage in Heiligendamm: 22. – 26. September 2021

Ein Beitrag zur Selbstfürsorge

Kulturheiltage sind kein Kongress!

Kulturheiltage sind ein neues Veranstaltungsformat für Selbstfürsorge und Psychohygiene. Im Mittelpunkt stehen Gespräche, Selbsterfahrungen, Selbsterkundung und Selbstausdruck durch Muße und Muse.

Leichtigkeit, Raum und Zeit für das Zu-sich-Kommen sowie Genuss und Stille bilden einen Grundpfeiler.

Vorträge begleiten das Programm, geben Impulse für die Selbstwirksamkeit und orientieren sich an dem Format der TED-Talks (Wissensvermittlung, die begeistert und ins Handeln führt).

Teilnahme an Vorträgen, Gesprächen und Kulturveranstaltungen wechseln sich ab mit Eigenaktivitäten in Ateliers für Kreativität und Selbstausdruck.

Das Besondere der Kulturheiltage ist es, dass neben offenen Veranstaltungen individuelle Diagnostik und Behandlung in einer kulturheilkundlichen Sprechstunde angeboten werden, die den Prozess der Selbstfindung und Selbstwirksamkeit unterstützen.

Kulturheiltage sind dem Konzept einer nachhaltigen Gesundheitsförderung¹ und der Idee von One Health² gewidmet.

Heiligendamm ist das älteste deutsche Seebad an der Ostseeküste und trägt wegen der klassizistischen Bauten entlang der Strandpromenade nicht ohne Grund den Beinamen „Weiße Stadt am Meer“.

Weitere Informationen über das Programm der Kulturheiltage:

<https://www.ignk.de/veranstaltungen/>

- 1 Näheres zu diesem Konzept auf der Seite der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: <https://leitbegriffe.bzga.de/alphabetisches-verzeichnis/nachhaltigkeit-und-nachhaltige-gesundheitsfoerderung/>.
- 2 Näheres zu diesem Konzept auf der Seite der Carstens-Stiftung: <https://www.carstens-stiftung.de/one-healths-konzept-der-zukunft.html> sowie im Sammelband Kulturheilkunde, München 2019.

Literatur:

Fancourt D, Finn S. What is the evidence on the role of the arts in improving health and well-being? A scoping review. Copenhagen: WHO Regional Office for Europe; 2019 (Health Evidence Network (HEN) synthesis report 67). Online: <https://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/329834/9789289054553-eng.pdf>
 WHO Factsheet „What is the evidence on the role of the arts in improving health and well-being in the WHO European Region?“ Online: https://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0020/412535/WHO_2pp_Arts_Factsheet_v6a.pdf

ZDF Wer sich kreativ beschäftigt, tut etwas für seine Gesundheit!
 Laut Weltgesundheitsorganisation schützen folgende Tätigkeiten vor Erkrankungen:

- Darstellende Künste** – musizieren, tanzen, singen, schauspielern
- Passive Kulturerlebnisse** – Museen besuchen, ins Konzert oder Theater gehen
- Visuelle Künste** – basteln, handwerken, malen oder fotografieren
- Literatur** – lesen oder vorgelesen bekommen
- Digitale Künste** – Design und Animation

Auch wenn sich ernsthafte Krankheiten nicht ausschließlich durch kreative Tätigkeiten therapieren lassen, kann es laut WHO eine wichtige Ergänzung zur konventionellen Behandlung sein.

Quelle: WHO, What is the evidence on the role of the arts in improving health and well-being? **zdf**

JETZT ERST RECHT!
Kulturelle Teilhabe in Krisenzeiten?

Kultur gehört zum Leben. Sie sollte den Nicht-Privilegierten nicht vorenthalten werden. Corona hat gezeigt, dass ein Kulturdefizit auch krank machen kann.

Kultur Potsdam ermöglicht seit 2013 Menschen mit geringem Einkommen den kostenfreien Zugang zum reichhaltigen Potsdamer Kulturangebot und unterstützt sie dadurch, ihr Recht auf kulturelle Teilhabe wahrzunehmen. Anlässlich unseres 8. Geburtstages und der aktuellen Situation möchten wir auf die Wichtigkeit von kultureller Teilhabe vor allem in Krisenzeiten aufmerksam machen. Kulturelle Teilhabe ist so essentiell für eine gesunde Gesellschaft wie das tägliche Brot.

Weitere Informationen zur Kampagne: kultur-potsdam.de/jetzt-erst-recht.html
 Jetzt Petition unterschreiben! [kultur-potsdam.de](https://www.kultur-potsdam.de/jetzt-erst-recht.html)
 Vielen Dank an die Umwelt DRUCKEREI! GIESELM Meierhaus

Quelle der Abbildungen:

<http://kultur-potsdam.de/jetzt-erst-recht.html>
<https://m.facebook.com/ZDFkultur/photos/a.206266836072985/3075561339143506/?type=3>

Online-Gütesiegel

fair.digital – digitale Zukunft fair gestalten

Martin Hubschneider will mehr Transparenz und Datenschutz auf europäischem Standard

Von Marc Härthe



Herr Hubschneider, Sie sind einer der Gründer von fair.digital. Was war der Auslöser für Sie als Initiator, diesen Verein und vor allem das Gütesiegel fair.digital ins Leben zu rufen?

Wir leben in einer Welt, in der große Datenmonopole in den Vereinigten Staaten und China durch das Sammeln und Verknüpfen personenbezogener Daten enorm an Macht gewinnen. Als freiheitsliebender Mensch und Zukunftsgestalter aus Leidenschaft bin ich damit nicht einverstanden: Diese Plattformökonomien und das bedingungslose Streben nach Gewinnmaximierung bedrohen sowohl unsere Marktwirtschaft als auch unsere Gesellschaft insgesamt.

Der Verein fair.digital e.V. möchte deshalb dieser Art des Überwachungskapitalismus entgegentreten und das Bewusstsein für Themen rund um die digitale Souveränität stärken. Das fair.digital-Gütesiegel zeichnet deshalb ausschließlich IT-Produkte und -Leistungen von Anbietern aus, die den europäischen Datenschutz und faires Handeln ernst nehmen. Das bietet Bürgern und Bürgerinnen, Verwaltungen und Unternehmen zum einen eine gute Orientierung beim Kauf oder der Beschaffung. Zum anderen zeigt die Bandbreite an fairen digitalen Lösungen, dass es durchaus bessere Alternativen gibt, die uns in Europa unabhängig von Datenmonopolen machen.

Die NSA-Affäre oder der Cambridge Analytica-Skandal sind zwei Beispiele unter vielen der Kategorie Datenschutzskandale. Der in Karlsruhe gegründete gemeinnützige Verein fair.digital e.V. und sein Vorsitzender Martin Hubschneider möchten ein starkes Zeichen für mehr digitale Souveränität von Menschen, Unternehmen, Organisationen und Staaten in Europa setzen. Drei Prinzipien stehen bei dieser Zielsetzung im Mittelpunkt: Datenschutz, Transparenz und Fairness.



Das Thema digitale Souveränität wird von der Öffentlichkeit deutlicher wahrgenommen

Seit dem Start von fair.digital im Oktober 2020, wie ist da die Resonanz auf die Initiative, und gibt es erste Erfolge?

Wir freuen uns sehr über die Resonanz und die vielen positiven Rückmeldungen, seitdem wir uns im Karlsruher ZKM als Weltpremiere vorgestellt haben. Das Thema digitale Souveränität wird von der Öffentlichkeit deutlicher wahrgenommen. Immer mehr Unternehmen, Medien, aber auch Fachorganisationen greifen das Sujet digitale Souveränität auf und machen es zur Aufgabe – das freut uns sehr. Wir laden alle Interessierten ein, mit uns in Kontakt zu treten. Im Moment bewerben sich schon einige Unternehmen auf eine Zertifizierung mit unserem Gütesiegel – andere wurden bereits erfolgreich zertifiziert, wie zum Beispiel die Informations- und Kommunikationsplattform „Mein Bioland“ oder die Produktivitätsplattform „nextcloud“.

Welche Kriterien müssen von Herstellern digitaler Produkte und Dienstleistungen erfüllt werden, damit ihnen das Gütesiegel fair.digital verliehen werden kann?

Insgesamt müssen sieben Kriterien (im Detail auf <https://fair.digital/infos/>) für die Zertifizierung erfüllt sein. Dazu gehört unter anderem, dass dem Prinzip der Datensparsamkeit folgend nur wirklich notwendige Angaben erhoben werden.

Alle darüber hinausgehenden Daten erfordern die explizite Zustimmung des Nutzers. Aber auch einfach nachvollziehbare Datenschutzeinstellungen für den Nutzer gehören dazu: zum Beispiel im Sinne einer leicht verständlichen Bedienung und Änderung der Zugriffsrechte sowie der Einhaltung der europäischen Datenschutzrichtlinien.



Wohin soll die Reise von fair.digital noch gehen und was sind die nächsten Schritte der Initiative?

Die Gestaltung der digitalen Souveränität der einzelnen Menschen und der Unternehmen bleibt allererste Aufgabe. Dieses Jahr werden wir mit Veranstaltungen weiter Aufmerksamkeit und Bewusstsein schaffen und die Öffentlichkeit und weitere Mitstreiter für das Thema sensibilisieren.

Aus meiner Sicht ist die Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für digitale Souveränität essentiell für ein freies und stolzes Europa, in dem die Selbstbestimmtheit von Menschen und Unternehmen sichergestellt wird. Klar ist: Wenn wir es in Europa nicht tun, tut es niemand. Wir sehen schon erste Erfolge auch auf europäischer Ebene mit Projekten wie GAIA-X, bei dem es um die Schaffung einer eigenen europäischen IT-Infrastruktur geht. Gleichzeitig stößt die Initiative auf großes Interesse bei den Nutzerinnen und Nutzern. Deshalb bin ich optimistisch, dass wir die digitale Souveränität Europas erreichen werden, wenn wir uns in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft als digitale Zukunftsgestalter verstehen und unser Handeln von einem gemeinsamen Willen und „fair.digitalen“ Werten geleitet wird.

Über den gemeinnützigen Verein fair.digital e.V.

Der gemeinnützige Verein fair.digital e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, die digitale Souveränität von Menschen, Unternehmen, Organisationen und Staaten in Europa auf vielfältige Art zu fördern. Dabei steht der Schutz von drei grundlegenden Prinzipien im Mittelpunkt: Datenschutz, Transparenz und Fairness.

Mit dem fair.digital-Gütesiegel zeichnet der Beirat des Vereins digitale Lösungen aus, die eine faire und transparente Balance zwischen Nutzer, Anbieter und Gesellschaft anstreben. Die Anbieter von Software-, Hardware- oder Cloud-Lösungen verpflichten sich, die festgelegten Vergabe-Voraussetzungen des Gütesiegels zu erfüllen. Durch die transparente Selbstverpflichtung der Geschäftsführer erhalten Kunden die Sicherheit, dass die Kriterien des fair.digital-Gütesiegels dauerhaft eingehalten werden.

Weitere Informationen unter: <https://fair.digital/>

Den Glauben an den Wert, den müssen wir uns erhalten,
wenn wir nicht an Wert verlieren wollen.

Emanuel von Bodmann

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Global Dignity

Wie fühlt sich Würde an?

Matthias Bosch will das Thema Würde wieder stärker in den Fokus rücken



Matthias Bosch hat Teil zwei seines Berufslebens gestartet. Ging es im ersten Teil als Anwalt um beinhartes Patentrecht, geht es im zweiten Teil thematisch um fast das Gegenteil. Um etwas, das zwar in aller Munde ist, das aber nur die wenigsten richtig deuten oder beschreiben können: die Menschenwürde. Mit dem deutschen Ableger der weltweiten Organisation „Global Dignity“ will Bosch versuchen, wieder etwas mehr Würde in unseren Alltag zu bringen. Das Interview führte Marc Härthe.

Herr Bosch – Würde an sich ist ein sehr abstrakter Begriff. Bitte erklären Sie uns möglichst kurz und prägnant, was denn Sie und Global Dignity eigentlich machen.

Global Dignity will die Würde wieder ins Zentrum, den Fokus der Gesellschaft rücken. Dazu wollen wir eine Art Dreiklang aufbauen: mit Awareness, also Bewusstsein schaffen, mit Lehrmaterialien, die wir zur Verfügung stellen, und indem wir Lehreinheiten anbieten. Und als Drittes mit Vorbildfunktion unter dem Stichwort „Live it“: dass wir hier Vorbilder bringen und zeigen, wo die Würde beispielhaft und vorbildlich umgesetzt wird.

Sie waren nicht immer Leiter von Global Dignity Deutschland. Was haben Sie davor gemacht?

Ich war die letzten 25 Jahre als Patentanwalt tätig, 20 Jahre in einer eigenen Kanzlei, und habe mich um Erfindungen, Marken und Verletzungsverfahren gekümmert. Die kamen konzentriert im Mobilfunkbereich vor. Da hat man ja oft diese Tech Wars zwischen Apple und Nokia und so. Und in dem Bereich waren wir sehr stark engagiert.

*Jedes Mal, wenn sich zwei Menschen begegnen,
ist das Thema Würde im Spiel*

Wie kam dann der „Turn“ zustande und warum?

Das ist eine interessante Frage. Ich habe mir vor 25 Jahren, also mit Mitte 20, vorgenommen, ich möchte gern eine Tätigkeit ausüben, die ich dann für 25 Jahre mache – das hat man natürlich damals mehr so aus Naivität und vielleicht auch als spinnerte Idee wahrgenommen –, und habe dann meine Patentanwaltszulassung erworben und die Kanzlei aufgebaut. Meinen Vorsatz habe ich dabei nicht aus dem Blick verloren. Dann kam ich 2018 durch reinen Zufall mit einer Kollegin zusammen, die diese Tätigkeit in Italien ausübt. Und das hat bewirkt, dass ich zusammen mit meiner Frau gesagt habe: „Das ist ein wahnsinnig spannendes und vielfältiges Thema und es ist eben notwendig, dass wir das machen.“ Es hat sich der Wunsch entwickelt, dass wir den deutschen Teil aufbauen, den es nicht gab, und wir sind sukzessive reingewachsen und haben mehr und mehr Gefallen daran gefunden. Dann kam Corona, quasi als Brandbeschleuniger, und wir haben uns dazu entschieden, es jetzt umzusetzen – einfach eine zweite Karriere.

Sie sagen, dass Sie gesehen haben, dass das notwendig ist, auch hier in Deutschland. Was will denn Global Dignity eigentlich konkret erreichen?

Wir möchten die Würde wieder in den Fokus rücken. Was bedeutet das? Würde ist letztendlich ein Recht, ist ein Anrecht, das jeder Mensch hat. Das erwirbt er durch die Geburt. Also ist Würde ein universelles Menschenrecht, das niemand einem wegnehmen kann. Und wenn man sich das durchdekliniert und überlegt, dann stellt man fest, dass es das Band ist, das uns alle verbindet. Und wenn ich das richtig umsetze, dann kann ich damit die Themen Diskriminierung, Antisemitismus, Fremdenhass, Sexismus, Diversity, Inclusion, diese ganzen Themen unter diesem Dachbegriff subsumieren. Und das finde ich so charmant, dass, wenn man sehr früh mit Kindern dieses Thema angeht und sie spielerisch hinführt an das Thema Würde, dann können auch Erwachsene es schaffen, sehr viel umsichtiger, sehr viel achtsamer miteinander umzugehen und einen würdevollen Umgang miteinander zu pflegen. Und das wollen wir erreichen.



Wie läuft die Umsetzung bei Ihnen?
Welche Projekte haben Sie am Start,
mit denen Sie genau diese Ziele angehen
wollen?

Wir haben vielfältige Projekte. Wir wollen natürlich verschiedene Altersgruppen abdecken und ansprechen. Zum Beispiel haben wir gerade ein Malbuch herausgebracht, was eben ein Würdethemen-Malbuch ist, das Kinder zwischen drei und acht Jahren anspricht. Darüber hinaus haben wir Workshops, Lernprojekte und Programme, frei auf unserer Webseite erhältlich. Damit gehen wir in die Schulen und halten dort Kurse. Außerdem haben wir einen Fokustag im Jahr, den Global-Dignity-Tag, am dritten Mittwoch im Oktober. Er wird weltweit in unserer Organisation begangen – 80 Länder, entsprechend ungefähr eine Million Kinder. Ein weiteres Standbein, welches wir gerade entwickeln, heißt „Dignity at the workplace“ und bedeutet, wir bringen dieses Thema in die Betriebe, um den würdevollen Umgang in den Unternehmen zu fördern. Und das sind spannende Themen, wo es um Gender-Equality geht, wo es um Diskriminierung, Inclusion, Diversity geht.

Diesen Punkt würde ich gern vertiefen.
Sie kommen aus der Wirtschaft. Sie sind im Senat der Wirtschaft. Inwieweit ist das Thema Würde wichtig in einer werteorientierten Unternehmensführung und dem Unternehmensalltag?

Werte und Würde kommen ja sofort ins Spiel, wenn sich zwei Menschen begegnen. Das merkt man daran, wie man sich begrüßt, wie man miteinander umgeht, wie man miteinander spricht, wie man sich behandelt. Diese Interaktion findet tagtäglich statt, in jedem Unternehmen. Und es wird umso spannender, je heterogener das Unternehmen ist. Wenn ich verschiedene Standorte habe, mit verschiedenen Ethnien: zum Beispiel einen Software-Programmierer aus Indien, einen Mathematiker aus Russland, eine Marketing-Beauftragte aus Afrika plus einen Manager aus Amerika. Jeder hat ein eigenes Verständnis von Kommunikation und auch verschiedene Vorstellungen davon, wie man miteinander umgeht. Der gemeinsame Nenner ist bei allen die Humanität und genau dieses Band der Würde. Und das ist in dieser heutigen Industrie und in der Wirtschaft so wichtig, dass man auch versteht, diesen kulturellen Umgang miteinander zu pflegen. Und da wollen wir helfen. Da sind wir an der Stelle, wo wir versuchen, unseren Beitrag zu leisten, damit es besser geht.

Die beste Methode, eine gute Idee zu bekommen, ist
viele Ideen zu haben!

Linus Pauling

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Wie ist denn die Reaktion aus der Wirtschaft auf Ihr Angebot?

Also, wir haben das hier in Deutschland ja erst aufgebaut. Die Resonanz ist gut. Wir arbeiten mit einer Beratungsfirma aus London zusammen und mit denen entwickeln wir dieses Modul so, dass wir hoffentlich Ende nächsten Jahres an den Markt gehen können. Dazu braucht es eine wirklich gute Evaluierung. Ich habe in Harvard gelernt, und dort haben wir auch Partner, die dieses Thema mit uns bearbeiten, um die Evaluierung, also sprich: den Impact wirklich auch zu messen, um das alles auf wissenschaftliche Füße zu stellen.

Hängt Deutschland hinterher im Vergleich zu anderen Ländern, was das Thema betrifft?

Das glaube ich nicht unbedingt, weil wir sehr, sehr sensibel damit umgehen. Das ist vielleicht historisch bedingt. Wir haben eine ganz bestimmte Zusammensetzung in unserer Gesellschaft, die sich in der Wirtschaft widerspiegelt. Wir haben diese klassischen Einwanderungs- oder Gastarbeitersituationen aus den 60er- und 70er-Jahren. Da sind wir jetzt in der zweiten und dritten Generation. Aber es gibt Schlüsselländer wie Griechenland, Türkei, Italien und Spanien, wo in der nächsten Generation oft noch ein anderes Kulturverständnis ist. Dann haben wir durch die Flüchtlingssituation ab 2015 arabisch sprechende Menschen, die zu uns kommen, auch mit einem anderen Glaubenshintergrund.

Das führt alles zu spannenden Themenfeldern. Und ich glaube, man muss sich einfach öffnen und sich diesem Thema stellen. Denn die Globalisierung verlangt es letztendlich von uns allen und man muss das – glaube ich – auch sehr aktiv angehen.

Wie kann ich mitmachen, oder wie kann ich Global Dignity unterstützen?

Unterstützen kann man uns, wie jede Stiftung, finanziell, weil wir alles ehrenamtlich aufbauen und bearbeiten. Aber wir würden uns auch freuen, wenn wir eingeladen werden, um dieses Thema in der ein oder anderen Unternehmung vorzustellen. Meistens läuft so etwas über die Geschäftsleitung oder über HR, weil dort die Sensibilität dafür da ist. Und dann kommt, ja, einfach der Wille, sich diesem Thema so zu nähern, dass man mal einen Vortrag halten kann.

Zu guter Letzt, vielleicht auch als Tipp, wie kann ich mich dem Thema Würde im Alltag nähern, wenn ich das bis dato noch überhaupt nicht auf dem Schirm hatte?

Wie kurz erwähnt, jedes Mal, wenn sich zwei Menschen begegnen, ist das Thema Würde im Spiel. Und was wir als Erstes machen, ist, den Menschen das Gefühl zu geben: Nehmt den Blick etwas zurück. Was verbindet euch? Das ist das Entscheidende. Wir suchen nicht, was den Unterschied zwischen Menschen ausmacht, sondern das Gemeinsame. Und wenn man das Gemeinsame gefunden hat, nähert man sich von dort aus ohne Vorurteile dem Menschen. Das sind kleine Schritte, um sich dem Thema zu nähern. Es ist auch gar nicht so schwer und auch nicht so komplex, wie man sich das vielleicht vorstellt. Den Kindern bringen wir es bei, indem wir sie einladen, beispielsweise das Pausenbrot zu teilen oder jemanden zum Fußballspielen einzuladen, das Spielzeug zu teilen oder einfach jemanden in den Arm zu nehmen. Für uns Erwachsene ist es oft der normale Umgang miteinander, dass man sich auf den anderen einlässt und sich mit mehr Empathie und Herzlichkeit begegnet, auch wenn man sich nicht kennt.

Danke, Matthias Bosch!

www.global-dignity.de



Wir müssen sagen, was wir denken, müssen tun, was wir sagen, und müssen sein, was wir tun.

Alfred Herrhausen

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Junger Politiker mit Blick für das Alter

Die Rente für alle mit 68 ist kein schlüssiges Konzept

Das Thema Arbeit hat sein Berufsleben geprägt. Sowohl als politische Führungskraft, aber auch als Geschäftsführer der Agentur für Arbeit in Wuppertal und Solingen. Heute ist er

der arbeitsmarkt- und rentenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, seit Kurzem auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP. Uly Köhler sprach mit ihm in Berlin.

A portrait of Johannes Vogel, a man with short brown hair and a light beard, wearing a dark blue suit jacket over a white shirt. He is looking slightly to the right of the camera with a neutral expression.

Johannes Vogel MdB

Stellvertretender Vorsitzender der FDP

Waren Sie erstaunt über die Stabilität des Arbeitsmarktes trotz der stark veränderten Bedingungen?

Ich habe mir gewünscht, dass das so läuft. Weil wir ja durchaus, was die Angestelltenwelt angeht, etablierte Kriseninstrumente haben, die überparteilich sehr begrüßt werden. Ich spiele auf das Kurzarbeitergeld an. Das war für die Angestellten wertvoll. Dass sich diese Hoffnung realisiert hat, hat mich insofern nicht überrascht, aber natürlich gefreut, weil jede Krise von anderer Art ist. Massive Kritik gab es für die Bundesregierung zurecht mit Blick auf die Selbstständigen.

Inwieweit unterscheiden sich der Arbeitsmarkt und seine Bedingungen eigentlich innerhalb der Bundesländer und auch innerhalb Europas?

Zwischen den Bundesländern natürlich weniger stark, was die arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen angeht, weil das größtenteils bundesgesetzliche Kompetenzen sind. Innerhalb der Bundesländer haben wir mit Blick auf die Megatrends natürlich Unterschiede, die den Arbeitsmarkt beschäftigen oder determinieren. Wichtig ist die Wirtschaftsstruktur: Haben wir vor Ort Cluster oder Einzelunternehmen, die wirtschaftlich erfolgreich sind und innovativ genug, oder ist es eher eine strukturschwache Region? Natürlich macht das ein Unterschied, das kann ja gar nicht anders sein. Haben wir eine Bevölkerungsstruktur, wo Fachkräftebedarf noch durch heimisches Poten-

zial gedeckt werden kann, oder ist der Fachkräftebedarf groß? Sowas macht einen Unterschied. In Europa sehen wir, wenn man vergleicht, dass das, was einen Arbeitsmarkt stark macht, sich massiv auch am deutschen Arbeitsmarkt sehen lässt. Das ist erstens: Durchlässigkeit – also nicht so hohe Einstiegshürden für diejenigen, die es am Arbeitsmarkt schwer haben, manchmal Jüngere, gering Qualifizierte, Menschen mit einer schwierigen Geschichte. Wenn Einstiegshürden hoch sind, ist die Arbeitslosigkeit und die Jugendarbeitslosigkeit höher, und wenn der Arbeitsmarkt durchlässig und flexibel ist, ist sie niedriger. Das ist der erste wichtige Parameter. Der zweite Parameter ist die Bildungsstruktur, Fachkräftegüte auch unterhalb des akademischen Bereichs. Ich spiele auf die große Stärke des deutschen dualen Ausbildungssystems an. Und drittens: Lohnfindung in der Hand der Sozial- und Tarifpartner. Mindestens bei Maßnahmen wie der Untergrenze des Mindestlohns: dass die Höhe festgelegt wird unter Beteiligung der Sozialpartner. Das kann man, glaube ich, zusammenführen als drei Parameter, die erfolgreiche oder nicht erfolgreiche, also Perspektive schaffende oder nicht Perspektive schaffende Arbeitsmärkte ausmachen.

Da steht Deutschland jeweils – noch – sehr gut da, aber das ist natürlich kein Selbstläufer. Wenn ich mir anschau, dass im Bereich des Befristungsrechts das Thema der Flexibilität der Einstiegshürden von anderen infrage gestellt wird. Dass man jetzt politisch auf die Lohnfindung Einfluss nehmen und die Mindestlohnkommission beschneiden will – da muss einem schon klar sein, das es nicht garantiert ist, dass Deutschland gut dasteht. Die Balance ist derzeit offenbar erfolgreich gewählt, aber man muss sich auch



darüber im Klaren sein, was diese Stärke ausmacht, um sie erhalten zu können. Das ist die eine Gefahr. Und die andere Gefahr ist – wo Deutschland überhaupt nicht gut dasteht – die Demografiefestigkeit des Alterssicherungssystems. Und das kommt natürlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt doppelt auf uns zu. Einerseits zeitlich, weil das Jahrzehnt begonnen hat, in dem der demografische Wandel konkret wird, also indem die Babyboomer anfangen, in Rente zu gehen. Und zweitens, was die fundamentalen Daten angeht, weil, wenn das Rentensystem irgendwann nicht mehr finanzierbar ist, dann werden Lohnnebenkosten von 40 Prozent Sozialabgaben nicht mehr zu halten sein, und dann schlägt es sich auf den Arbeitsmarkt nieder.

Und das ist der Bereich, wo wir in Deutschland im Vergleich zu einigen anderen europäischen Ländern nicht gut dastehen, weil wir in den letzten Jahren die notwendige Vorausschau, das notwendige langfristige Denken haben vermissen lassen.

Die pandemische Zeit hat es gezeigt: Es fehlen Pflegekräfte en masse. Aber generell sind die vielen offenen Stellen bei Ausbildungsplätzen und Facharbeitern Grund zur Sorge. Welche Maßnahmen hätten Sie als Lösung?

Ich würde mal drei nennen. Erstens: Berufsorientierung an der Schule durch die Akteure, die dafür zuständig sind, so zu handeln, dass wir Optionsvielfalt bei jungen Leuten haben – ohne die Hürden von Bildungschancen, die Verteilung von Bildungschancen oder etablierte Rollenmuster. Ich fange mit den kleinsten Maßnahmen an und komme dann zu den großen Maßnahmen, alle sind wichtig. Als ich Chef der Arbeitsagentur Wuppertal war, hat unser tolles Team für die Berufsorientierungstage diese ganz bewusst so gestaltet, dass wir Mädchen in Coding- und Roboter-Programmierkurse eingeladen haben. Den Jungs haben wir muskelbepackte Altenpfleger vorgestellt und die sagten: „Du bist ein harter Kerl,

Hinsichtlich des Mangels am Arbeitsmarkt ist die entscheidende Stellschraube, endlich eine moderne Einwanderungspolitik wie Kanada oder Neuseeland zu machen

dann zeig mal, dass du dir nicht zu schade bist, Menschen in Extremsituationen zu pflegen und ins Bett zu heben.“ Da geht es ja darum, dass für Fachkräfte nicht die etablierten Rollenmuster im Weg stehen. Das gilt für beide Geschlechter. Das gilt für Männer, die immer noch zu wenig im Pflegeberuf präsent sind. Und das gilt für Frauen, die zu wenig in den MINT-Berufen präsent sind. Das wäre zum Beispiel eine Maßnahme, die man machen muss. Zweitens: Die Zahl und Güte der Fachkräfte in unserem Land steht und fällt natürlich mit der Qualität des Bildungssystems ganz allgemein. Die Stichworte erspare ich Ihnen jetzt, weil sonst würde ich wieder zu lange dazu antworten. Das ist einfach ein absolutes Megathema.

All das wird aber nicht reichen, weil mit Blick auf die Demografie und die schiere Quantität, das, was wir derzeit an Fachkräftebedarf erleben, durch Mismatching, durch Qualifikation, die nicht passt, durch regional nicht passende Verteilung, alles noch ein laues Lüftchen ist im Vergleich zu dem demografischen Sturm und Fachkräftebedarf, der auf uns zukommt, wenn insgesamt am Arbeitsmarkt mehr Mangel ist, Stichwort Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge. Und deshalb ist natürlich die entscheidende Stellschraube, endlich eine moderne Einwanderungspolitik wie Kanada oder Neuseeland zu machen. Heute zum Beispiel im Bereich der Pflege ja auch schon beginnend aus Notwendigkeit.

Die Menschen werden älter, leben gesünder und bewusster. Man sagt, die heutige 60 ist die frühere 40. Der Altersdurchschnitt eines Erstkäufers einer Harley Davidson liegt bei 61. Ist möglicherweise ein Rentenalter von 68 gar nicht zeitgemäß?

Also, erstens halte ich die zwangsweise Rente mit 68 für alle nicht für ein überzeugendes Konzept. Das ist ja auch nicht der Wesenskern des Gutachtens gewesen, sondern das Gutachten hat gesagt, wir haben ein kommendes Finanzierungsloch in der Rente und das muss man entweder vermeiden oder man ist zu Maßnahmen gezwungen. Wie zum Beispiel eine zwangsweise Erhöhung des Renteneintrittsalters für alle oder explodierende Beiträge zu Lasten der Jüngeren oder einen explodierenden Steuerzuschuss, das ist alles nicht überzeugend. Deshalb brauchen wir diese Strukturreform, Stichwort Gesetzliche Aktienrente nach schwedischem Vorbild. Konkret schwebt uns vor, dass jede und jeder Rentenversicherte zwei Prozent des eigenen Bruttoeinkommens innerhalb der verpflichtenden ersten Säule der Altersvorsorge in die Gesetzliche Aktienrente einzahlt. Genauso wie bisher aufgeteilt in Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag. Der Beitragsanteil zur umlagefinanzierten gesetzlichen Rente senkt sich um exakt denselben Prozentsatz. Ganz unabhängig von der Finanzie-

Rente mit 68 für alle ist einfach nicht mehr zeitgemäß, weil Lebensläufe ganz unterschiedlich sind, Lebenserwartungen sich verändern und Lebensbiografien anders sind

rungsfrage gibt es Reformbedarf beim Renteneintrittsalter. Aber nicht: Rente mit 68 für alle, das ist einfach nicht mehr zeitgemäß, weil die Lebensläufe ganz unterschiedlich sind, Lebenserwartungen sich verändern, Lebensbiografien anders sind. Die eine hat ab 16 gearbeitet und der andere hat promoviert bis er 33 ist, der eine macht in der Mitte seines Lebens Pausen für Kindererziehung, Angehörige oder Weiterbildungsphasen, die andere arbeitet durch. Nur im Alter machen wir alle gleich? Das überzeugt mich nicht. Und wir machen den Leuten auch noch individuelle Lösungen, Teilrentenmodelle, Zuverdienstmodelle und so weiter, maximal kompliziert. Zeitgemäß wäre, genau diese Debatte hinter sich zu lassen, und ein komplett flexibles System eines Renteneintritts zu schaffen, das geht. Schweden und Norwegen zum Beispiel machen uns das seit vielen Jahren vor.

Sind Sie innerlich darauf vorbereitet, bei eventuellen Koalitionsverhandlungen im Herbst dieses Thema als eine Ihrer Forderungen für ein Engagement mit einzubringen?

Ja klar. Erstens weil es notwendig ist, denn wir müssen generell lernen, dass in den letzten Jahren Deutschland und auch die Bundesregierung, geführt von Angela Merkel, sicherlich Stärken hatte, aber die rechtzeitige Reaktion auf absehbare Megatrends gehörte nicht dazu, zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung. Und wenn wir das nicht nur anwenden wollen auf die Vermeidung der jetzt bereits analysierten Fehler der letzten Jahre, sondern die Tugend eines klugen Managers beherzigen, dass er sich nicht nur auf die letzte Krise gut vorbereitet und damit die nächste ganz andere verpasst, und überlegen, was ist sicher absehbar, dann ist das der Renteneintritt der geburtenstarken

Jahrgänge ab 2025. Das heißt, die schlechte Nachricht ist: Wir haben nicht mehr viel Zeit. Die gute Nachricht ist, wir haben noch etwas Zeit, nämlich die nächste Legislaturperiode, in der wir reagieren könnten, bevor das Phänomen bei uns ist.

Deshalb muss eine umfassende Rentenreform, inklusive der Aspekte, über die wir eben gesprochen haben, und eine Modernisierung des Rentensystems passend zum modernen Arbeitsmarkt ein zentrales Thema in der nächsten Legislaturperiode sein. Deshalb werden wir es als Freie Demokraten in etwaige Koalitionsverhandlungen einbringen und ich auch ganz persönlich. Darauf freue ich mich, weil es notwendig ist für unser Land. Eine Sache ist noch davor, nämlich die Wahl. Und je stärker die Freien Demokraten werden, umso wahrscheinlicher ist es, dass wir auch in der Rolle sind zu verhandeln. Das haben die Bürgerinnen und Bürger in der Hand. Und dafür werbe ich jetzt erstmal die nächsten Wochen.

Ich vermute mal, dass in diesen Wochen, gerade hinsichtlich der rentenpolitischen Sprecherfunktion, eine Meldung bei Ihnen für Freude gesorgt hat. Die Nachricht, dass wir sehr viele Corona-Babys in Zukunft erwarten können. Das ist natürlich für den Markt auch nicht so schlecht.

Absolut. Mit jedem Kind kommt Hoffnung in die Welt – für uns alle und für die Rentner.

Johannes Vogel, geb. 1982 in Olpe. Nach dem Abitur Studium der Politikwissenschaften, Geschichte und Völkerrecht in Bonn. Seit 1999 Mitglied der FDP. Mitglied des Deutschen Bundestages von 2009–2013 und seit 2017. Seit 2021 stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP.

Wohlstand, aufgebaut auf der Zerstörung der Umwelt,
ist kein wirklicher Wohlstand.

Kofi Anann

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Expertenstatement

Die Vermessung des Wassers

Neue Einsatzmöglichkeiten durch Katalysatoren



Von Dr. Jürgen Koppe

Schon das italienische Universalgenie Leonardo da Vinci befasste sich vor mehr als 500 Jahren sehr intensiv mit Wasser, seiner Zusammensetzung, seinem Strömungsverhalten und vielem mehr. Er nutzte dieses Wissen dann für den praktischen Umgang mit dem lebensnotwendigen Element. Bis in die 50er-Jahre des 20. Jahrhunderts beschäftigten sich immer wieder namhafte Wissenschaftler mit den vielfältigen Eigenschaften und Facetten von Wasser. Als Meilenstein gilt die sogenannte „Clustertheorie“, in der britische und deutsche Wissenschaftler die Eigenschaften von Wasser in einer Art und Weise zusammenfassten, die man als „Vermessung des Wassers“ betrachten kann. Die einzelnen Wasserstrukturelemente wurden in Abhängigkeit von der Temperatur qualitativ und quantitativ beschrieben.

Die Forschung war damit freilich nicht am Ende: In den darauffolgenden sechs Jahrzehnten wurden die einzelnen Wasserstrukturelemente immer detaillierter untersucht. Man kann mit gutem Recht das Wissen um die Wasserstrukturen als Teil unseres über Jahrhunderte geschaffenen naturwissenschaftlich-kulturellen Erbes auffassen, das es zu pflegen und weiter zu entwickeln gilt.

Um 2010 waren alle Wasserstrukturelemente also bestens untersucht: Man kannte die Bausteine, besaß jedoch nur einen recht lückenhaften „Bauplan“! In diese Zeit hinein kam die neue Biozidrichtlinie, die nunmehr erforderte, dass die Wirkungen von Technologien auf das Wasser möglichst präzise zu definieren sind.

Jetzt waren die Anbieter von Wasserbehandlungsverfahren in der Pflicht! Der Erfindergeist einer Branche war geweckt.

Die Überlegungen führten zu dem Ergebnis, dass die Wasserstrukturelemente (Bulkwasser: rot – orange – gelb; Dissoziiertes Wasser: violett; Molekularwasser: blau; Hydratwasser: indigo) nicht einfach nebeneinander liegen, sondern über eine wohlgeordnete Reihe irreversibler Reaktionen miteinander in Verbindung stehen.

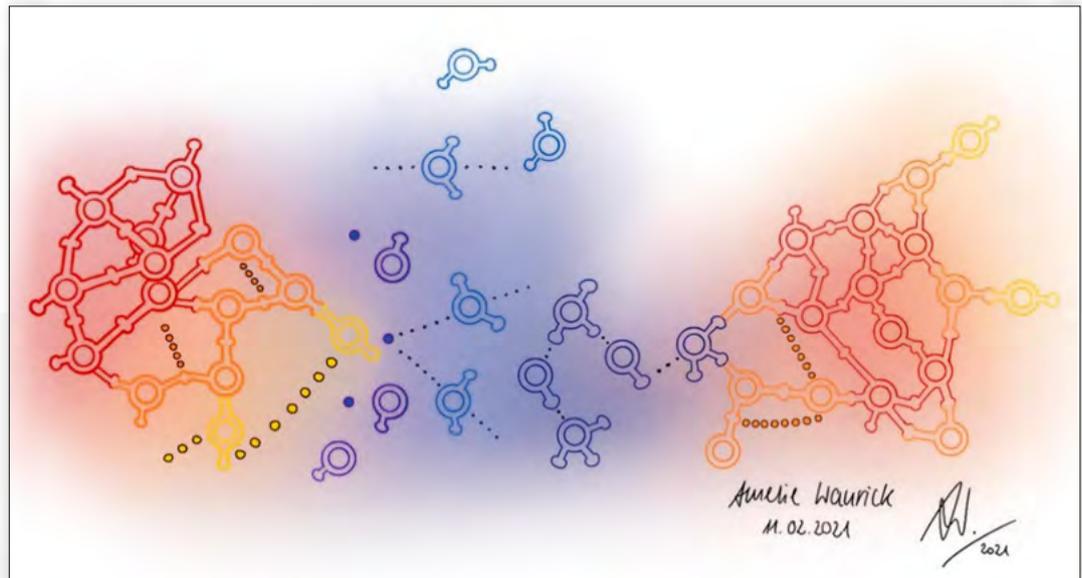


Abb. 1: Der Bauplan der Wasserstrukturelemente [Gestaltung Amelie Waurick]

Diese verschiedenen Reaktionen ergeben ein klares Muster. Der „Bauplan“ des Wassers lag vor. Jetzt brauchte man noch eine geeignete Orientierungshilfe, die im Zweiten Hauptsatz der Thermodynamik gefunden wurde, den der Deutsche R. Clausius bereits 1850 klar definierte und um 1865 durch den Entropiebegriff „bereicherte“.

Konsequent ausgerichtet an diesem Zweiten Hauptsatz der Thermodynamik konnte der „Bauplan“ verstanden und erkannt werden. Dass es nämlich einen geschwindigkeitsbestimmenden Schritt gibt. Es stellte sich heraus, dass viele Probleme der Wassernutzung darauf zurückzuführen sind, dass aufgrund der intensiven Einwirkung auf die Wasserstrukturen diese für längere Zeit aus dem Gleichgewicht gebracht werden. Die Folgen sind bekannt:

- Kalkfällung
- Korrosion bis hin zur Kavitation
- Mikrobiologie speziell mit der unangenehmen Spezies – der Legionella
- Chlornebenprodukte im Schwimmbeckenwasser mit Hautreizungen
- Überspannung bei Elektrolysereaktionen mit hohem Energieverbrauch

Seit der Ostwaldschen Katalysatordefinition aus dem Jahr 1894 war aber bekannt, dass man solche „geschwindigkeitsbestimmenden Schritte“ mittels geeigneter Katalysatoren beschleunigen kann. Und das bietet zahlreiche wirtschaftliche Möglichkeiten und eine zukunftsfähige, nachhaltige Unternehmensstrategie. Durch Einsatz zum Beispiel von MOLLIK-Katalysatoren ist es bequem möglich, das jeweilige Gleichgewicht der Wasserstrukturen durch Beschleunigung des geschwindigkeitsbestimmenden Schrittes schneller wieder einzustellen und damit die aufgeführten Folgen deutlich zu mindern. Das funktioniert auch viele Jahre lang ohne Einsatz zusätzlicher äußerer Ressourcen. Das wird besonders nachhaltig in den großen Wasserkreisläufen von Kraftwerken genutzt, die durch den Einsatz dieser langlebigen MOLLIK-Katalysatoren keine Biozide mehr benötigen, und darüber hinaus einen stabilen Kühlwasserbetrieb unter Einhaltung aller Vorgaben sichern. Letzteres spielt für solche Kraftwerke eine entscheidende Rolle, die in besonders exklusiven Gegenden platziert wurden, wie z.B. an der Ostseeküste in direkter Nähe zu Seebädern.

Das heutige Wissen steht in keinem Verhältnis zu dem, was wir noch nicht wissen



Abb.2: Installation von MOLLIK-Katalysator-Folien in die Kühlkreislaufzusatzwasseraufbereitung eines Braunkohlekraftwerkes (UNIPER Kraftwerke GmbH, Kraftwerk Schkopau)

Das System funktioniert aber auch im kleinsten Maßstab – etwa in Spülmaschinen. Katalysatoren sorgen hier für saubereres Geschirr, saubere Spülmaschine und eine längere Lebensdauer – und somit für mehr Freude an der Benutzung. Verbunden mit dem Gefühl, ganz persönlich etwas für die Umwelt zu tun.



Abb.3: MOLLIK-Würfel in der Spülmaschine

Die bisher bekannte Einsatzbandbreite – auch in Bezug auf den Umgang mit Viren mittels Luftbefeuchtung bei gleichzeitigem Schutz von Kunstwerken – ist zum Beispiel auf der Homepage der MOL Katalysatortechnik GmbH abrufbar (www.molkat.de). Allerdings sind damit noch lange nicht alle Einsatzmöglichkeiten ausgeschöpft. Das heutige Wissen steht in keinem Verhältnis zu dem, was wir noch nicht wissen. Hier können wir auf die Fantasie als nutzbare und unerschöpfliche Ressource für die Zukunft der Wasseraufbereitung setzen.

Im kommenden Herbst wird im Cambridge Scholars Publishing das Buch „The Water“ von Dr. Jürgen Koppe und Jan Koppe erscheinen. In diesem Buch werden die Strukturen des Wassers detailliert beschrieben inklusive der Bedeutung für viele praktische Vorgänge.

Zusammenkunft ist ein Anfang. Zusammenhalt ist ein Fortschritt. Zusammenarbeit ist der Erfolg.

Henry Ford

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Statement

Einen Sprung nach vorne wagen

EU-Vizepräsidentin a.D. Dr. Benita Ferrero-Waldner über
Perspektiven für ein starkes Europa

Uns allen ist klar, dass wir in einer enorm komplexen, hochindustrialisierten, immer stärker digitalisierten Welt leben, die aber gleichzeitig viel fragiler als früher ist, und auch uns Europäer vor immer größere Herausforderungen stellt.

Nach den Finanz-, Wirtschafts- und politischen Krisen seit 2008, der Bedrohung durch den Terrorismus und

der Flüchtlingskrise haben wir alle die Coronavirus-Pandemie durchlebt und hoffen, diese in absehbarer Zeit langsam hinter uns zu lassen. Nun haben wir die Postcovid-19-Situation zu bewältigen, vor allem den dringenden wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Schaffung von Arbeitsplätzen, da wir insgesamt ca. sieben Prozent BNP durch die Coronakrise und die nötigen „Lockdowns“ verloren haben.



Dr. Benita Ferrero-Waldner
EU-Vizepräsidentin a.D.

Meiner Ansicht nach hat die aktuelle Kommission Von der Leyen in Abstimmung mit dem Europäischen Parlament die wichtigsten Themenkreise in der „Konferenz über die Zukunft Europas“ priorisiert, nämlich: den Klimawandel und die Umwelt, die Gesundheit, eine stärkere Wirtschaft sowie soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung, die Europäische Union in der Welt, Werte, Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit, den digitalen Wandel, Demokratie in Europa, Migration, Bildung, Kultur, Jugend und Sport sowie weitere Ideen zur Verbesserung Europas.

Es scheint mir mehr als angebracht, wieder einen „Sprung nach vorne“ in der Weiterentwicklung der EU in Form der „Konferenz für die Zukunft Europas“ zu tun. Der Zeitpunkt ist gut, da wir uns langsam wie „Phönix aus der Asche“ von der Coronavirus-Pandemie erholen.

Für mich ist die EU nach wie vor, und vielleicht sogar noch mehr denn je, die „Perspektive für unsere gemeinsame Zukunft“. Denn gerade in der heutigen globalisierten Welt brauchen wir diesen Zusammenhalt europäischer Staaten der (mehr oder weniger) gleichen Gesinnung. Auch wissen wir alle, dass die EU aus Krisen gelernt und sich jedes Mal nach der Überwindung schwieriger Situationen positiv weiterentwickelt hat.

Die „Konferenz für die Zukunft Europas“ ist daher die Chance, den veränderten Gegebenheiten, denen wir uns stellen müssen, Rechnung zu tragen. Die Bürger und Bürgerinnen werden mit Recht eine verbesserte Koordinierung der Gesundheitspolitiken in Richtung einer „Gesundheits-Union“ nach Covid-19 fordern.

Es ist klar, dass die Gesundheitspolitik nach wie vor Kompetenz der Mitgliedstaaten ist, aber, wie wir beim Kauf der Impfdosen gesehen haben, sind die Koordinierung und gemeinsame Beschaffung von Impfdosen, Medikamenten sowie künftig eine gemeinsame Unterstützung von medizinischer Forschung und Entwicklung sowie der „Europäischen Arzneimittelagentur“ und des „Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC)“ bereits jetzt große Schritte zur Verbesserung unserer nötigen Krisenbekämpfung und unserer Gesundheit.

Vielleicht die wichtigste Frage ist die des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, für die die EU so großzügige Mittel zur Verfügung gestellt hat (750 Mrd. Euro) sowie Maßnahmen zur Wiedereingliederung von den Beschäftigten in den Arbeitsprozess bzw. zur Umschulung von Arbeitskräften.

Mit dem Projekt „SURE“ hat die EU während der Pandemie die Millionen von Beschäftigten unterstützt, die in Kurzarbeit gehen mussten und damit wesentlich zum wirtschaftlichen Überleben vieler EU-Bürger und -Bürgerinnen beigetragen haben. Im Rahmen der „sozialen Marktwirtschaft“ werden hier weitere Ideen zu einer möglichen Sozialunion diskutiert werden.

Wie Sie wissen, sieht dieses Aufholprogramm der Wirtschaft vor allem große Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen des „Green Deals“ und zur weiteren Digitalisierung vor. Aber auch die weitere Demokratisierung der EU sowie Fragen der Rechtsstaatlichkeit werden auf der Agenda der „Zukunftskonferenzen“, wie zuvor erwähnt, eine große Rolle spielen.

Für eine stärkere globale politische Rolle der EU ist die Einigkeit der EU-Mitgliedstaaten von allergrößter Bedeutung

Hier bin ich offen für das u.a. von Manfred Weber, dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (EP) propagierte System der Spitzenkandidaten und -kandidatinnen jeder Partei im EP-Wahlkampf, der/die nach gewonnener Wahl zum/zur Spitzenkandidat/in gewählt werden sollte. Allerdings sollte der Spitzenkandidat/die Spitzenkandidatin nicht nur aus den Mitgliedern des EP nominiert werden, sondern auch für hohe politische Funktionsträger jeder Partei offen sein, wenn diese von ihren Parteien gewählt bzw. nominiert werden. Für mich müsste der Spitzenkandidat/die Spitzenkandidatin zumindest zweisprachig sein (Muttersprache und englisch), womit auch ein EU-weiter Wahlkampf geführt werden könnte.

Weitere Ideen betreffend die Verbesserung der Arbeitsweise der EU, die genauso wichtig wie die Frage der Themen ist, behalte ich mir für einen späteren Artikel vor.

Schließlich ist für mich als Außenpolitikerin die Stellung Europas in der Welt eine große Priorität, denn wir stehen vor gewaltigen geopolitischen Herausforderungen: Europa muss als Ganzes stärker werden, wenn es auf dem weltpolitischen Parkett eine größere Rolle spielen soll.

Ich bin eine Verfechterin des Multilateralismus und sehe in dieser multipolaren Welt, in der China, Russland, Indien, Brasilien, die Türkei, Iran u.a. in Konkurrenz mit den USA neue Machtzentren bilden, die internationale Kooperation als wichtiger denn je an. Ich freue mich, dass der aktuelle US-Präsident Joe Biden, mit dem ich als EU-Kommissarin für auswärtige Angelegenheiten und Nachbarschaftspolitik einige Male verhandelt habe und den ich aus jener Zeit kenne, sich wieder zur transatlantischen Partnerschaft bekennt, auch wenn es in einigen Fragen unterschiedliche Auffassungen diesseits und jenseits des Atlantiks gibt.

Jedenfalls ist für eine stärkere globale politische Rolle der EU die Einigkeit der EU-Mitgliedstaaten von allergrößter Bedeutung, weshalb ich schon lange das absolute Prinzip der Einstimmigkeit für veraltet halte und mehr qualifizierte Mehrheitsentscheidungen, auch in außenpolitischen Fragen, für erstrebenswert halte. Ich weiß, dass dies eine äußerst sensible politische Frage ist, aber nur so können wir mehr Gewicht in dieser globalisierten Welt erreichen und auch künftig über die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten nachdenken, denn die derzeit vorhandene Möglichkeit der Blockierung einer Entscheidung durch nur einen Mitglied-



staat lässt die EU schon jetzt oft nur den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ finden, wodurch manchmal keine klaren Aussagen möglich sind bzw. die Entscheidungen oft viel zu lange dauern. Dies würde bei Beibehaltung der Einstimmigkeit noch schwieriger bei einer nächsten Erweiterung der EU sein.

Auch Fragen der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)“ müssen weiterentwickelt werden. Die EU kann sich nicht mehr damit begnügen, gemeinsame Erklärungen zu Krisen und Konflikten in der Welt abzugeben, sondern muss allenfalls auch handeln können.

Die sogenannten „Battle-Groups“ scheinen mir hier ein richtiger Ansatz für eventuell notwendige militärische Einsätze zu sein. Mir ist natürlich bewusst, dass diese Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik besonders heiße Eisen sind, da sie die Souveränität der einzelnen Mitgliedstaaten betreffen. Das Prinzip der Freiwilligkeit und ein „opt-out“ sind hier z.T. bereits vorhandene Lösungsansätze.

Man sieht also klar, welche grundlegenden Fragen auf der Tagesordnung stehen, weshalb es Sinn macht, sich persönlich mit ihnen auseinanderzusetzen und allenfalls einen konstruktiven Beitrag zu leisten.

Expertenstatement

Es fehlt nicht an „Firepower“

Der Chef der Europäischen Investitionsbank (EIB), Dr. Werner Hoyer, zu den Herausforderungen der EU in der Zukunft



Bei der Benennung der größten Herausforderungen für die EU in den nächsten Jahren und Jahrzehnten möchte ich mich auf drei Stichworte konzentrieren: Klima, Innovation und Entwicklung.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist die entscheidende Herausforderung unserer Zeit. Und selbst angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen sollte man sich nicht hinter Covid verstecken, wenn es um die Klimaherausforderungen geht. In meinen dreißig Jahren öffentlichen Lebens habe ich weltverändernde

Ereignisse wie den Fall der Berliner Mauer hautnah miterleben dürfen. Aber was wir heute erleben, ist für mich eine weitere seismische Verschiebung. Millionen junger Menschen auf der Welt protestieren wegen einer Politik und Wirtschaft, die zu spät und zu langsam auf die Klimakrise reagiert. Der Protest hat begonnen, Mehrheiten zu verändern.

Wir können das auch hier in Deutschland jeden Tag aufs Neue an Umfragewerten ablesen. Unsere Institutionen haben dementsprechend begonnen zu reagieren. Die jüngsten Klimabekennnisse auf beiden Seiten des Atlantiks sind ein Beispiel dafür und ich sage: „Gut so!“ Das Pariser Abkommen hat uns auf den richtigen Weg gebracht, aber wir kommen bislang viel zu wenig voran. Denn wir müssen entschieden handeln, wenn wir einen nachhaltigen Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft sicherstellen wollen, und wir müssen das jetzt tun.

Wenn wir weiter warten, riskieren wir einen Gruppenübergang, der unsere gesamte Finanzstabilität in Gefahr bringen könnte. Oder noch schlimmer: Wir riskieren, überhaupt keinen Übergang hinzukommen, was existenzielle Konsequenzen mit sich brächte. Denn der Klimarat lässt hier keinen Zweifel. Da hatte ich die Jahre bis 2030 als unser letztes Zeitfenster benannt, um einen katastrophalen Klimawechsel abzuwenden.

Wir müssen sauberen Wasserstoff, erneuerbare Offshore-Energie, Energiespeicherlösungen als Business Case begreifen und diese Chance nutzen

Wir sollten das nicht auf die leichte Schulter nehmen. Ich sehe nur nicht, dass wir bisher auch nur annähernd genug tun, um die enormen Investitionslücken, die noch bestehen, zu schließen. Ganz im Gegenteil: Die Covid-19-Krise hat uns hier noch einmal ein gutes Stück zurückgeworfen.

Das bringt mich zu meinem zweiten Punkt: Innovation. Wir werden unsere Klimaziele nicht durch eine Verbotskultur oder „Degrow-Strategy“ erreichen können. Die Internationale Energieagentur schätzt, dass die CO₂-Emissionen im vergangenen Jahr dank massivem Coronalockdown um etwa acht Prozent gesunken sind. Wollen wir den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius begrenzen, wie wir es uns als Ziel gesetzt haben, dann müssen wir unsere CO₂-Emissionen in den nächsten zehn Jahren jedes einzelne Jahr in dieser Größenordnung senken. Es sollte jedem klar sein, dass das nicht durch erzwungene Verhaltensänderung, noch schärfere Lockdowns und auf Basis unserer bestehenden Technologien zu schaffen wäre. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten eines solchen Vorgehens wären schlichtweg verheerend. Stattdessen brauchen wir massive Investitionen in neue Technologien. Wir sollten uns davor nicht fürchten, denn darin liegt ja auch eine große Chance. Schon heute hat eine Gruppe von Ländern, die mehr

als die Hälfte der weltweiten Treibhausgasemissionen darstellt, sich zur Klimaneutralität verpflichtet. Und andere werden sicherlich folgen. Sie alle brauchen neue Technologien, um ihre Ziele zu erreichen. Sauberer Wasserstoff, erneuerbare Offshore-Energie, Energiespeicherlösungen sind da ja alles Märkte der Zukunft. Wir müssen das als Business Case begreifen und diese Chance nutzen. Die Ausgangslage übrigens ist gut. Unsere volkswirtschaftliche Abteilung hat just ermittelt, dass Europa an der Schnittstelle von digitalen und grünen Technologien 76 Prozent mehr Patente aufweist als die USA und viermal so viele wie China. Diesen Vorsprung gilt es jetzt auszubauen. Wenn wir das tun, dann haben wir nicht nur eine echte Chance im Kampf gegen den Klimawandel, sondern können auch unsere globale Wettbewerbsfähigkeit auf Jahre hin sichern. Und das dürfen uns nicht entgehen lassen. Als EU-Bank stehen wir eigentlich jederzeit gerne helfend zur Seite. Wir haben uns dazu verpflichtet, unsere Finanzierung für Klimaschutz und ökologische Nachhaltigkeit bis 2025 auf fünfzig Prozent unseres Gesamtfinanzierungsvolumens auszuweiten. Gegenwärtig sind es etwa dreißig Prozent. Und auf diese Weise, auf dieser Basis, werden wir bis 2030 ein Investitionsvolumen von rund einer Billion Euro anstoßen. Es fehlt also nicht an „Firepower“.



Zum dritten Punkt: der Entwicklungszusammenarbeit. Was auch immer wir innerhalb der EU im Kampf gegen den Klimawandel zustande bringen, es wird alleine nicht reichen, um die katastrophalen Konsequenzen einer Erderwärmung von mehr als 1,5 Grad zu verändern. Die Bevölkerung Afrikas wird sich bis etwa 2050 verdoppeln, wenn der damit einhergehende Energiemehrbedarf mit Strom aus Kohle- und Gaskraftwerken bedient wird und Amerikaner wie auch Chinesen glücklich dabei helfen, dann werden sich unsere Klimaziele buchstäblich in Rauch auflösen, egal was wir hier in Europa machen. Und nicht nur unsere Klimaziele.

Der Klimawandel wird zu mehr Konkurrenz um knappe Ressourcen wie Wasser und Ackerland führen, was wiederum Potenziale für Konflikt und Instabilität in sich birgt und damit auch für massive Bevölkerungsbewegungen oder, um es beim Wort zu nennen: Migrationsdruck. Ähnliches gilt im Übrigen auch für andere Regionen wie etwa Lateinamerika oder Asien. Es gilt daher in unserem ureigensten Interesse, über den europäischen Tellerrand hinauszublicken und unsere globalen Partner davon zu überzeugen beziehungsweise sie dazu zu drängen, die notwendigen Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel zu ergreifen. Natürlich keine einfache Ausgabe, wenn selbst innenpolitisch ein Appell zu mehr Entwicklungszusammenarbeit kein Selbstläufer ist. Und außenpolitisch sind uns China und Russland

in ihrem Engagement zumindest, was die Visibilität dessen angeht, um Lichtjahre voraus. Wir sind halt großartig darin, die entwicklungspolitische Fahne Litauens und Österreichs und Portugals überall aufzuhängen. Aber nicht zu sagen, dass Europa insgesamt mehr als ein Drittel aller Aktivitäten im Bereich der Entwicklungsfinanzierung betreibt. Um zu einer afrikanischen Energiewende beizutragen, müssen wir eine massive lokale Präsenz der Europäer organisieren und stärken. Hier gilt es nach meiner Auffassung gerade, was die tektonischen Verschiebungen der Weltpolitik zwischen den großen Mächten angeht, dringend nachzusteuern.

Die EU muss ihre globale Vorreiterrolle endlich mit Realpolitik verbinden. Es geht hier um das Klima, aber eben auch um sehr viel mehr. Wirtschaft, Sicherheit, Verteidigung unserer Werte stehen insgesamt auf dem Spiel. Als EU-Klimabank tragen wir mit unseren Finanzierungen aktiv zur Realisierung des Pariser Abkommens bei, und zwar nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Union. Im letzten Jahr haben wir mehr als fünf Milliarden Euro Maximalfinanzierung außerhalb der EU bereitgestellt. Und davon haben übrigens insbesondere europäische Unternehmen auch erheblich profitiert. Wir dürften Entwicklungspolitik nicht ständig in die Kiste von Charity packen, sondern müssen auch daraus Business Cases entwickeln. Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zur Wirkung der EU-Bank sagen. In gegenseitigen

Das Risiko mit privaten Investoren zu teilen muss immer ein klares politisches Ziel verfolgen

Umfängen könnte man ja durchaus meinen, dass die Niedrigzinspolitik der EZB den Zugang zur Projektfinanzierung relativ unkompliziert macht. Doch so einfach ist das nicht. Eines der großen Paradoxen der letzten Jahre ist nämlich, dass trotz der erheblichen Liquidität im Markt wichtige Investitionen oft mal ausbleiben, insbesondere im Bereich von Innovation und Klima. Wir führen bei der EIB jedes Jahr eine Unternehmensbefragung mit ca. zwölfhunderttausend Unternehmen jeglicher Sektoren und jeglicher Größenordnungen durch.

Und aus der Letzten geht hervor, dass ein Großteil der befragten Unternehmen einen erheblichen Investitionsbedarf insbesondere bei Modernisierungsinvestitionen hat. Aber nur sechs Prozent der Unternehmen wollen in den kommenden Jahren auch wirklich mehr investieren beziehungsweise sie können nicht mehr investieren.

Der Grund für diese Schizophrenie, wenn Sie so wollen, ist einfach: Aufgrund der hohen Unsicherheit im Markt halten sich viele Unternehmen mit ihren Investitionen zurück und gehen lieber in Wartestellung. Covid-19 hat diese Problematik durch eine erhebliche zusätzliche Verschuldung vieler Unternehmen noch verschärft. Und dadurch bleiben wichtige Investitionen aus und unsere Wettbewerbsfähigkeit auf der Strecke. Hier leistet die EIB durch gezielte Risikoteilung einen Mehrwert. Wir haben nämlich wieder und wieder die Erfahrung gemacht, dass sich

mit einer sehr begrenzten Übernahme von Risiken mithilfe von relativ kleinen Summen sogenannten öffentlichen Geldes enorme privatwirtschaftliche Investitionen anstoßen lassen. Der krassste Fall in diesem Zusammenhang war der „Juncker-Plan“, einer der größten Erfolgsgeschichten, die in den letzten Jahrzehnten in Europa geschrieben worden ist, auch durch eine minimale Risikoabsicherung von Investitionen, die sonst zum allergrößten Teil gar nicht zustande gekommen wären. Wir haben wieder und wieder die Erfahrung gemacht, dass das möglich ist. Ich bin davon überzeugt, dass wir in den kommenden Jahren mehr diese Form von Zuwendung brauchen werden, um die großen Herausforderungen Klimainnovationen und Entwicklung meistern zu können. Dabei ist es wichtig, dass Risikoteilung mit privaten Investoren immer ein klares politisches Ziel verfolgen muss, ohne den genauen Weg zu diesem Ziel vorschreiben zu wollen.

In der EIB haben wir dazu einen zugegebenermaßen strengen Katalog an Mindeststandards in Sachen Umwelt und Soziales erstellt, den jeder, der von uns eine Finanzierung erhält, einhalten muss. Alles andere muss den Privaten überlassen bleiben. Es gilt insbesondere für das Prinzip der Technologieoffenheit. Ich werde nervös, wenn in Koalitionsrunden oder Parlamentsausschüssen darüber diskutiert und entschieden wird, welche Technologie am Ende führend ist. Das funktioniert einfach nicht.

Zukunft Europas nach Corona

Voller Schwerpunkt auf Wachstum

Der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, Manfred Weber, mahnt Stabilität und schnellere Entscheidungen an

Von Dr. Walter Döring

Herr Weber, Sie sagen von sich selbst, Sie kämpfen für ein demokratisches Europa der Bürger und Bürgerinnen. Können Sie das mal mit Inhalten füllen und ausführen, bitte?

Ja, die Europäische Union ist heute wirkmächtig. Wir wissen und gerade auch die Wirtschaft weiß, wie tief europäische Regulatorik, europäische Rahmensetzung in den Alltag greift. Derzeit beispiels-

weise in den Fragen der Digitalisierung, mit zwei großen Gesetzespaketen, die den Rahmen setzen für künstliche Intelligenz. Oder denken Sie an den Green Deal, den wir derzeit in Vorbereitung haben, wo wir die Zielsetzung 55 Prozent weniger CO₂ bis 2030 in Gesetze fassen.

Und wir alle wissen, was das für einen enormen Veränderungsprozess in unserer Wirtschaft, in unserer gesamten Gesellschaft auslösen wird.



Manfred Weber

Mitglied des Europäischen Parlaments

Das heißt, jeder spürt, wie wirkmächtig heute europäische Rahmensetzungen sind. Ich gehöre zu denen, die sagen, wir werden langfristig das Vertrauen der Menschen in die Europäische Union nur erhalten können, wenn es gelingt, eine direkte Verbindung herzustellen: dass Europa nicht mehr als externe Institution wahrgenommen wird, die aus Brüssel heraus etwas befiehlt, sondern dass es als „mein Europa“ gesehen wird, in dem der Einzelne entscheidet.

Wie sehen Sie die europäische Rolle während der Corona-Pandemie und ihrer Bekämpfung auch und gerade unter dem Stichwort Impfstoffbeschaffung?

Die Coronakrise war ein extremer Stresstest für uns alle. Für die Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Und genauso wenig, wie es beim Corona-Management kaum einen Kultusminister in ganz Europa gibt, von dem Eltern und Schüler total begeistert sind, genauso wenig ist Europa raus aus der Kritik. Auch da wurden Fehler gemacht.

Ein Fehler war beispielsweise, dass wir bei der Impfstoffbeschaffung ein Stück naiv waren. Wir haben daran geglaubt, dass Lieferketten und Verträge respektiert werden, und bei der Mittelzuteilung haben wir dann plötzlich festgestellt, dass Großbritannien und die USA komplett nationalistisch „UK and US first“ gemacht haben. Und wir Europäer haben nach

wie vor Impfstoffe, die in Europa produziert wurden, nach Großbritannien geliefert. Insgesamt sieben Millionen Dosen. Boris Johnson hat uns null Dosen nach Europa geliefert. Das war Egoismus, wo wir nach wie vor offene Grenzen und Lieferketten respektiert haben. Also da waren wir ein bisschen naiv in der kalten Welt, in der wir in der Corona-Zeit lebten. Aber ich stehe zu den Grundentscheidungen.

Beispielsweise, dass wir auf Experten vertrauen, die EMA (Europäische Arzneimittelbehörde) ernst nehmen und nur über sie die Zulassung von Impfstoffen machen. Ich stehe zu der Aussage, dass wir nicht Erste-und-zweite-Klasse-Europäer gemacht haben, dass wir alle Europäer gleichwertig zu diesen Impfstoffen gebracht haben. Und auch die Entscheidung vom letzten Sommer, mit einem großen Wiederaufbauplan die Wirtschaft zu stabilisieren, war richtig. Zumindest einen Beitrag zu leisten, weil eben niemand etwas kann für Corona.

Bei der Eurokrise hätten wir sagen können: „Okay, Griechenland hat selbst Schulden gebaut. Aber Italien war nicht schuld an Corona und daran, dass sie die ersten und am härtesten Getroffenen von Corona waren.“ Und in dieser Zeit ein Zeichen zu setzen, dass wir zusammenhalten und den Wiederaufbau gemeinsam angehen, das war ein richtiges Signal. Ja – es gab auch Fehler, keiner ist heilig, keiner geht ohne Fehler aus dieser Krise. Aber insgesamt hat Europa schon vieles geleistet und das wird am Schluss bleiben. Wir werden der erste Kontinent sein, der voll durchgeimpft ist auf dieser Welt.

Blick nach vorn auf die Zeit nach Corona. Die EU stellt Milliarden zur Verfügung, um die Post-Covid-Zeit in Europa gestalten zu können. Wo sehen Sie aus Ihrer Erfahrung und aus Ihrer konkreten aktiven Mitwirkung die Perspektiven für die Zeit nach Corona in der Europäischen Union?

Es liegen ja insgesamt um 1,8 Billionen Euro auf dem Tisch, die Europa jetzt aktuell verteilt. Wir sind derzeit in der Prüfung der nationalen Reformprogramme. Die Gelder, die Spanien, Italien, aber auch alle anderen Staaten der EU erhalten, müssen verbunden sein mit guten Zukunftsinvestitionen. Das ist für mich das Wesentliche, wenn wir jetzt erstmals so viel Geld aufnehmen, dass diese Gelder Zukunftsinvestitionen auslösen müssen und nicht in den Konsum gehen. Ein weiteres wichtiges Themenfeld ist für mich, dass wenn beispielsweise Italien jetzt Hilfen bekommt, damit eben auch „Hausaufgaben“ verbunden sind. Solidarität gehört immer zusammen mit Eigenverantwortung. Das ist das Prinzip der christlichen Soziallehre. Und deswegen müssen auch Italien, Spanien und alle anderen Staaten ihre Reformbeiträge leisten. Übrigens auch wir Deutschen. Ich finde, auch wir sollten mal auf den Prüfstand steigen, was wir so an Reformbedarf in unserem Land haben.

Weiteres zentrales Themenfeld, wenn es um diese Zukunftsfähigkeit geht, ist das Bewusstsein für die gewaltige Aufgabe, die mit dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft jetzt vor uns liegt. Wir hatten letztes Jahr sieben Prozent Wirtschaftseinbruch auf diesem Kontinent. Auch Deutschland ist im dritten Lockdown nicht so gut durch die Krise gekommen, wie wir eigentlich gehofft haben. Das müssen wir erstmal wieder aufholen. Verglichen mit China und den USA ist Europa derzeit das Sorgenkind bei der Wirtschaftsentwicklung. Mir fehlt ein Stück weit, dass wir politisch neben Green Deal und

Digitalisierung auch das Thema Jobs, Jobs, Jobs priorisieren müssten. Eigentlich bräuchten wir jetzt den vollen Schwerpunkt auf Wachstum. Handelsverträge wie Mercosur liegen auf dem Tisch. Das chinesische Investitionsschutzabkommen liegt auf dem Tisch. Alles Abschlüsse, die Wachstum bringen. Neunzig Prozent des Wachstums der nächsten zehn Jahre findet außerhalb Europas statt. Und ich erlebe derzeit leider Gottes eher Behinderungen, Handelsverträge sinnvoll abzuschließen, als die Bereitschaft dafür, sie abzuschließen. Oder die Frage der Stabilität unserer Währung.

Wir gehen in Europa derzeit in eine Verschuldung, die manchmal maßlos scheint. Wir Deutschen gehen massiv in neue Schulden – auch die Bundesländer. In der Krise richtig und notwendig, um zu stabilisieren. Aber haben wir auch die Bereitschaft, möglichst schnell zu den Stabilitätskriterien des Euros zurückzukehren? Ich bin geprägt von der Generation von Edmund Stoiber im Freistaat Bayern, der gesagt hat: „Wir hören jetzt auf mit dem Schuldenmachen. Wir gehen Richtung null Schulden als Freistaat Bayern.“ Und dann hat die Bundesrepublik Gott sei Dank diese Nullverschuldung auch in der Verfassung verankert. Aber wie schnell kommen wir dahin zurück? Kommen wir überhaupt dahin zurück? Ich kann nur sagen, wenn Deutschland nicht Maßstab ist und schnell zur Nullschulden-Maxime zurückkommt und zum ausgeglichenen Haushalt, dann wird das einen Dammbruch für Europa darstellen. Weil dann alle keinen Wert mehr auf stabile Haushalte legen würden. Und das wiederum würde die Tür in eine andere Europäische Union öffnen, die ich nicht will. Ich will eine haushaltsstabile Union.

Auch die Frage, wie wir vor allem der jungen Generation im Süden Europas, in Italien, in Griechenland, eine Perspektive eröffnen können, ist wichtig. Das müsste aus meiner Sicht die Überschrift für die nächsten Monate sein.

Europa kriegt die Wucht und die Kraft des Kontinents nicht auf die Straße, weil wir einstimmig entscheiden bzw. jeder Staat blockieren kann

Sie sind ja ganz zentral an der Konferenz für die Zukunft Europas beteiligt, nämlich im Konferenz-Präsidium. Wie muss man sich das als Außenstehender vorstellen, wie arbeitet diese Konferenz? Welche Ziele hat sie und welchen Zeitrahmen haben Sie sich vor allen Dingen auch gesetzt?

Aktuell ist es zugegebenermaßen noch eher technisch. Wir hören Reden der Staatschefs und diskutieren über die Arbeitsformen, vor allem auch über die Frage, wie es gelingt, die Bürgerschaft stark zu beteiligen, zuzuhören, bevor Politik dann in die Antwortphase geht. Diese Phase ist jetzt im Sommer, denke ich, gut abgeschlossen.

Ab Herbst wollen wir dann in einen Zuhördialog kommen. Und dann ist geplant, unter französischer Präsidentschaft im Frühjahr 2022, ein erstes Zwischendokument zu formulieren, was wir mit „Zukunft Europa“ verbinden. Für mich ist es ein einfacher Arbeitsauftrag, mal wieder größer zu denken. Mal zu denken, wo brauchen wir ein stärkeres Europa perspektivisch für die nächsten zehn Jahre? Sie haben die Entwicklungen in Belarus verfolgt mit dem Ryanair-Flieger, der zur Zwischenlandung gezwungen wurde – ein Akt von Staatsterrorismus.

Gott sei Dank war es da so, dass die Mitgliedstaaten beim Europäischen Rat schnell in der Lage waren zu reagieren. Aber das ist nicht der Regelfall. Wir haben uns selbst mit dem Einstimmigkeitsprinzip in der Außen- und Sicherheitspolitik enorme Fesseln

angelegt. Europa kriegt die Wucht und die Kraft des Kontinents nicht auf die Straße, weil wir einstimmig entscheiden bzw. jeder Staat blockieren kann. Und das ist für mich so ein Bild, wo ich sage: „Das will ich als Ergebnis dieser Zukunftskonferenz.“ Dass wir auch Entscheidungsstrukturen auf den Prüfstand stellen, um schneller zu werden. Da müssen wir mutiger werden. Wir werden nicht immer auf den Langsamsten warten können, weil die Welt um uns herum auch nicht auf Europa wartet.

Also eine stärkere Einigung, aber mit einem Europa der zwei Geschwindigkeiten, um die Europäische Union auch zu einer globalen Macht zu machen?

Nicht dass ich falsch verstanden werde: Ich will Europa zusammenhalten. Ich wünsche mir ein geeintes Europa. Aber wir dürfen uns nicht von Blockierern, die es überhaupt nicht verstehen, oder vom Langsamsten beim Vorgehen aufhalten lassen. Das ist auch als Warnung gedacht, weil wenn man dann mit den Blockierern redet und sagt: „Wollt ihr wirklich abseits stehen? Glaubst ihr, dass ihr alleine wirklich eine Rolle spielt?“ Dann sagt jeder: „Nein, glaube ich nicht.“ Also es muss auch ein Stück weit Druck ausgeübt werden. Denn die Welt um uns herum wartet nicht. Da brauchen wir jetzt Mut, größere Entscheidungen zu fällen.

Es bringt uns nichts, beim Klimaschutz voranzumarschieren, aber die soziale Balance dabei aus dem Blick zu verlieren

Ich finde interessant, dass Sie die Stabilität in den Vordergrund gesetzt haben. Ist für Sie eigentlich noch genügend Raum, über Ideen, Impulse, Visionen nachzudenken und zu bewahren, was zu bewahren ist? Oder sind Sie in diesem Europäischen Parlament auch Getriebener der Tagespolitik?

Ich würde die These wagen, dass wir heute noch mehr getrieben sind von aktuellen Modethemen, als das früher der Fall war. Wir verlieren auch ein Stück weit die Kraft, über den Tellerrand der aktuellen Themen hinauszublicken. Wir werden kurzatmiger. Und umso mehr ist es wichtig, dass wir gesamtgesellschaftlich das, was über den Tag hinausgeht, und die Debatte darüber nicht aus dem Blick verlieren. Am Ende der Tage werden wir von den Realitäten eingeholt.

Und wenn Sie auf diese Stabilitätsthematik hinweisen, dann ist Ihnen bekannt, dass Nachhaltigkeit eben nicht nur ökologische Nachhaltigkeit beinhaltet. Die UN-Nachhaltigkeitsziele beziehen sich explizit auch auf soziale und wirtschaftliche Fragen. Und deswegen müssen wir den Blick wieder weiten.

Es bringt uns nichts, beim Klimaschutz voranzumarschieren, aber die soziale Balance dabei aus dem Blick zu verlieren. Und ich mache mir in vielen Bereichen auch Sorgen über die Gesetze, die da jetzt auf den Tisch kommen werden.

Die Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft ist mindestens genauso zentral wie die in den ökologischen Fragen, weil sie unseren Lebensrahmen einfach maßgeblich mit beeinflusst. Deswegen, Breite im Blick ist zentral – nur so werden wir dauerhaft Nachhaltigkeit in Europa und der Welt erreichen.



Europa wächst nicht aus Verträgen, es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht.

Klaus Kinkel

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Hans Jörg Schrötter

Europa Das Lexikon

3. Auflage

 **Nomos**

Buchtipps

Europa. Das Lexikon

Von Uly Köhler



Dr. Hans Jörg Schrötter, Buchautor

Was ist der Unterschied zwischen Europäischem Rat und Europarat? Wo liegen die Ursachen für die zahlreichen Krisen, die Europa gemeistert – oder noch vor sich – hat? In seiner 3., vollständig überarbeiteten und aktualisierten Auflage erklärt das Buch, wie unser neues Europa „funktioniert“, welche ungeahnten Freiheiten und Chancen es uns bietet – und warum es mitunter nicht funktioniert. Anschaulich analysiert der Autor das gesamte Spektrum aktueller Themen – von den Turbulenzen um den Euro, der Flüchtlingspolitik, dem Brexit bis hin zum ambitionierten Corona-Wiederaufbaufonds und zum europäischen „Green Deal“.

„Europa“ ist kein Elite-Projekt. Dieses bewährte, leicht lesbare Taschenlexikon lädt Einsteiger wie Europakenner gleichermaßen ein mitzumachen, zu kritisieren und zu diskutieren. Nur über Kenntnis und Verständnis kann Akzeptanz wachsen – für das neue Europa. Es ist zugegeben unperfekt; aber es ist das Erstaunlichste, was wir auf unserem Kontinent in den letzten Jahrhunderten auf die Beine gestellt haben.



Europa und die EU sind zweierlei

Die 27 Mitgliedstaaten der EU sind von ganz unterschiedlichen demokratischen und parlamentarischen Traditionen geprägt. Das Zusammenspiel dieser Staaten auf der Ebene der Regierungen, die Stellung der Abgeordneten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments und der Weg zu den notwendigen europäischen Kompromissen sind häufig nicht einfach zu überblicken.

Hier ist trotz Internet mit dem mitunter interessengeleiteten Informationszugriff auch eine objektive und verständlich formulierte Darstellung der Geschehnisse und Begriffe notwendig. Schnell und umfassend werden Informationen über Europa geboten. Die Zusammenhänge der europäischen Politik werden aufgezeigt, ebenso die mitunter mühevollen und schwierigen Wege hin zu einer Zusammenarbeit.

Neben den Fakten und Geschichten werden auch die kontroversen Dinge deutlich benannt. Ob Schwächen des Integrationsprojektes, Meinungsstreit um Außengrenzen oder Krisen und Defizite. Hier werden Zugänge zur Geschichte und zur Politik des Kontinents geliefert.

Die Neugierde auf das Europa der Gegenwart und in der Zukunft wird geweckt.

Wir alle tragen mit unseren kleinen und großen Entscheidungen dazu bei, wie Europa zukünftig aussehen wird. Hierzu kann auch dieses Buch helfen, diese Entscheidungen informiert zu treffen.*

*(Auszug aus dem Grußwort der Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V., Dr. Linn Selle)

Dr. Hans Jörg Schrötter, Journalist, Volljurist und Sachbuchautor, war zunächst wissenschaftlicher Assistent am Institut für Internationales Recht der Universität München, dann Referent für Europäische Verkehrspolitik und Europarecht im Bundesverkehrsministerium, danach Referatsleiter im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Schrötter, Hans Jörg: Europa. Das Lexikon, 3., komplett neu bearbeitete Auflage. NOMOS Verlag, Baden-Baden 2020, 425 Seiten. ISBN 978-3-8487-6768-7 (Print) ISBN 978-3-7489-0872-2 (ePDF)

Es gibt für uns keinen Reserveplaneten.

Franz Alt



Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Über 20.000 Euro für Nothilfe in Indien

Malteser und ANDHERI HILFE freuen sich über konkrete Hilfe der Senatsmitglieder



Angesichts der dramatischen Lage in Indien im April hat der Senat der Wirtschaft um finanzielle Unterstützung für zwei Hilfsorganisationen gebeten, die in Indien sehr aktiv und mit dem Senat eng verbunden sind. Besonders Sauerstoff zur Beatmung von Menschen mit schwerem Covid-Verlauf fehlte vielerorts. Zeitweise steckten sich täglich über 300.000 Menschen neu mit dem Virus an.

Die Situation hat sich mittlerweile deutlich verbessert. Einen großen Anteil daran hatten unter anderem die Malteser International mit Vizepräsident Douglas Graf von Saurma-Jeltsch und die ANDHERI HILFE von Ehrensensatorin Rosi Gollmann. Beide Organisationen haben direkt vor Ort sowohl Not- als auch wirtschaftliche Hilfe leisten können.

Mit den Spenden in Höhe von insgesamt über 20.000 Euro über das mit dem Senat verbundene Hilfswerk „Wirtschaft für Menschen“ kann dieses Engagement fortgesetzt und damit Leben gerettet werden. Dafür danken wir allen Spendern recht herzlich.



Europatag beim Senate of Economy Europe in Bonn

Leitfrage: „EU – Bremse oder Perspektive für die Zukunft?“

Am 25. Mai hat der digitale Europatag des Senate of Economy Europe in der Zentrale des Senats der Wirtschaft in Bonn stattgefunden.

Der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber, die ehemalige EU-Vizepräsidentin Benita Ferrero-Waldner, der Präsident der Europäischen Investitionsbank Dr. Werner Hoyer, der ehemalige Schweizer Botschafter in Deutschland Dr. Thomas Borer sowie die Europaparlamentarier Dr. Thomas Glück und Moritz Körner stellten sich der Leitfrage und stimmten vor allem in der Frage überein, dass Europa eine starke Stimme in der Welt braucht.

Dafür müsse man sich aber dringend Reformen stellen, um politisch wettbewerbsfähig zu bleiben. Besonders das Einstimmigkeitsprinzip wurde in diesem Zusammenhang als Hindernis identifiziert.



Erstmals wieder in Präsenz: das Weinblütenfest in der Pfalz



Mit der malerischen Pfalz als Kulisse und gemäß den geltenden Corona-Bestimmungen hat im Juni auf dem Weingut Lergenmüller in Burrweiler das Weinblütenfest des Senats – erstmals seit anderthalb Jahren wieder in Präsenz – stattgefunden.

Im Beisein von FDP-Generalsekretär Volker Wissing erhielten neue Senatorinnen und Senatoren des Senats der Wirtschaft, der Stiftung Senat der Wirtschaft, des Senate of Economy Europe und des Senate of Economy International ihre Berufungsurkunden aus den Händen der jeweiligen Vorstände.

Im Anschluss daran folgte ein passendes Unterhaltungsprogramm mit Weinverkostung und Musik in geselliger Atmosphäre.

Der Senat der Wirtschaft wird, den sinkenden Inzidenzen entsprechend, nunmehr versuchen, wieder mehr Veranstaltungen in Präsenz durchzuführen. Die Planungen für den BundesConvent und das Gipfeltreffen im Bereich August/September laufen.



Senat der Wirtschaft ideeller Partner des Impfbusses

Startschuss mit Senator Stegmeier und den Vorständen der Senate aus Deutschland, Norbert Streveld, und Europa, Dr. Walter Döring



Die Idee ist, das Gesundheitssystem zu den Menschen zu bringen, um ein Stück Alltag zurückzugeben. Experten verschiedener Branchen haben unter Federführung der BFS (einer Tochter der Stegmaier Nutzfahrzeuge) einen MAN Neoplan-Cityliner modern eingerichtet, der jetzt durch Orte wie Crailsheim, Blaufelden und Schrozberg fährt. Seine Praxistauglichkeit stellte der Bus schon kurz nach seiner Inbetriebnahme unter Beweis.

Unter anderem im Auftrag des Landkreises Schwäbisch Hall, hat das Spezialfahrzeug vormittags Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte getestet; nachmittags standen die Türen allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Die Registrierung erfolgt über das Internet. Das Testergebnis liegt nach 15 Minuten vor. Mittlerweile wird der Bus auch zum Impfen genutzt, sofern genügend Impfstoff zur Verfügung steht. Gerne beteiligt sich der Senat der Wirtschaft – auch optisch am Bus sichtbar – als ideeller Partner dieser Aktion.



Die Klimaneutralität in starkem Gegenwind

Wirkliche Rettung für Klima und Umwelt oder nur Marketingtrick

Die Wettbewerbszentrale klagt an – jedoch ergeben sich Zweifel, ob es berechtigt ist

Christoph Brüssel

Über den Kampf gegen die Klimakatastrophe wird viel gesprochen. Die Wirtschaft steht in der Pflicht, die Politik wird laut aufgefordert, schneller zu weniger Emissionen in Wirtschaft und gesellschaftlichem Leben zu kommen. Reduktion von Emissionen ist das Ziel und die Aufgabe.

Auf dem Weg dahin haben viele Unternehmen bereits jetzt ihre CO₂-Emissionen durch Kompensation ausgleichen wollen. Für das, was an CO₂ ausgestoßen wird, werden auf der anderen Seite Projekte gefördert, die CO₂ vermeiden, aber als solches nicht ohne Unterstützung finanzierbar sind. Alternativ wird in Wälder und Grünflächen investiert, Grünpflanzen sind bekanntlich in der Lage, CO₂ aus der Atmosphäre herauszuziehen und umzuwandeln.

Dr. Christoph Brüssel
Prof. Dr. Estelle Herlyn
Prof. Franz Josef Radermacher





Diese Kompensation ist durch die Bundeszentrale für Wettbewerb in Verruf gekommen. Der Verdacht wird laut, dass eine solche Kompensation wirkliche Bemühungen um weniger Emissionen unterdrücken könnte. Es wird vermutet, dass gegen wenig Geld die Unternehmen lediglich ausweichen. Darüber hinaus glaubt die Wettbewerbszentrale an eine Täuschung, da der Begriff Klimaneutralität von den Kunden falsch verstanden werden könnte. Vermutet wird, nicht die Neutralität hinsichtlich einer Klimabelastung ist erreicht, sondern es wird weiter klimafeindlich produziert, Kunden verstehen jedoch etwas anderes darunter.

Letztendlich geht es um die Frage der Nachhaltigkeit in der Wirtschaft und es geht natürlich auch um die Frage, ob Wirtschaft und Gesellschaft, gesteuert oder begleitet von der Politik, in der Lage sind, tatsächlich etwas gegen die Klimakatastrophe zu unternehmen. Bedauerlich ist, dass diejenigen, die tatsächlich in bester Absicht etwas für die Verhinderung der Klimakatastrophe tun wollen, durch eine solche Diskussion unmittelbar wieder in Verruf geraten könnten. Andererseits ist es ebenso wichtig, genau darauf zu achten, dass nicht falsche Tatsachen vorgegaukelt werden und die Konsumenten, damit natürlich die Gesellschaft, über die Bemühungen, eine Klimakatastrophe zu verhindern, getäuscht werden. Also ist es wichtig, möglichst viele Informationen zu geben, damit ein eigenes und auch gerechtes Urteil über die Situation möglich wird. Gleichzeitig sollen auch diejenigen,

die tatsächlich etwas für den Klimaschutz tun, als solche erkennbar werden und sich selber auch in der Gewissheit fühlen, das Richtige zu tun.

Nachhaltigkeit ist zum wesentlichen Begriff in der Wirtschaft geworden. Bereits seit Jahren ist die Tendenz zu einer Affinität deutlich ansteigend. Bekannt ist, dass Konsumenten zu großen Teilen nachhaltig erzeugte Produkte von möglichst nachhaltigen Unternehmen bevorzugen.

Durch die Erfahrungen der Pandemie ist ganz offensichtlich die Sensibilisierung für Nachhaltigkeit noch einmal deutlich angestiegen. Finanzinvestoren haben sich vorgenommen, viel stärker in Unternehmen zu investieren, die nachhaltig aufgestellt sind. Das liegt nicht nur an intrinsischen Beweggründen, es sind strategische Gedanken. Wenn Unternehmen nachhaltig aufgestellt sind, dann ist die Gefahr geringer, möglichen zukünftigen Regulierungen zu unterliegen. Grund dafür ist, dass bereits vorausschauend viele Regeln eingehalten werden, um letztendlich die Nachhaltigkeit darzustellen.

Dabei ist es vorteilhaft, wenn Unternehmen sich insgesamt nachhaltig aufstellen und mit Achtsamkeit hinsichtlich der Ökologie, der sozialen Bedingungen und auch der Ökonomie Strategie und Produktion bestimmen. Selbstverständlich entbehrt es nicht der Notwendigkeit, dieses auch ehrlich und wirksam zu konzipieren. Das Ziel bleibt eine Transformation, damit die Klimakatastrophe verhindert werden kann.

Ohne sinnvolle Kompensation wird das Ziel nicht geschafft

Die Kompensation von CO₂ ist nach bestimmten Voraussetzungen ein wesentlicher Teil zur Erreichung der Klimaziele. Bereits vor Jahren konnte wissenschaftlich festgestellt werden, dass selbst bei Einhaltung aller politischer Ziele zur Reduktion von Treibhausgasen die Klimakatastrophe nicht verhindert werden kann. Zusätzlich muss noch CO₂ aus der Atmosphäre herausgezogen werden. Also ist die Kompensation ein notwendiger Teil, um das Ziel zu erreichen.

Voraussetzung ist allerdings, dass der sogenannte Dreiklang eingehalten wird. Darunter versteht man, alles Erforderliche zu unternehmen, um Treibhausgasemissionen zu vermeiden, zusätzlich bereits bestehende Emissionen zu reduzieren und erst danach, was nicht vermeidbar ist, zu kompensieren.

Zwei Gründe führen zur Akzeptanz dieses Dreiklangs, die auch global als Konsens gelten.

Ein vernünftiger und verantwortbarer Wohlstand kann nicht gehalten werden, wenn sofort massiv reduziert würde. Ohne CO₂-Emissionen wird unsere Zivilisation nicht auskommen. Reduktion ist erforderlich, Vermeidung ist sehr sinnvoll, jedoch nicht schnell genug zu schaffen. Deshalb soll auf dem Weg dorthin durch Kompensation der Emissionen sehr schnell, möglichst unmittelbar, ein Effekt für das Klima erzielt werden.

Einer der wichtigsten Vordenker der Klimapolitik ist der Wissenschaftler Prof. Franz Josef Radermacher. Gemeinsam mit der für Nachhaltigkeit in der Wirtschaft bekannten Kollegin Prof. Estelle Herlyn hat er sich aktuell auch dem Diskurs um die Klimaneutralität von Wirtschaftsteilnehmern gestellt. Als wesentlicher Protagonist des Club of Rome und vormaliger Präsident des Senats der Wirtschaft wird Radermacher von vielen wesentlichen Instanzen der Politik, der Weltbank und auch der UN gehört. Gemeinsam mit Estelle Herlyn verfasste er für SENATE den Impulsbeitrag zur Betrachtung der Kompensation und Klimaneutralität.

Mehr als nur „Vermeidung und Verringerung“

Estelle Herlyn und Franz Josef Radermacher

Gemäß ihrer eigenen Ausführungen präferiert die Wettbewerbszentrale unternehmerische Maßnahmen in den Bereichen Vermeidung oder Verringerung von Emissionen vor Ort gegenüber internationalen Kompensationsaktivitäten. Dies ist das Credo der Umweltbewegung und vieler NGOs. Dabei sollte klar sein, dass die staatlichen Vorgaben, die auf „Klimaneutralität 2045“ für Deutschland zielen, in den kommenden Jahren einen erheblichen regulativen und in der Folge ökonomischen Druck auf nicht-staatliche Akteure ausüben werden, ihre Aktivitäten und Geschäftsmodelle in Richtung „Klimaneutralität 2045“ zu verändern, überwiegend durch Vermeidung bzw. Verringerung von CO₂-Emissionen. Vermeidung und Verringerung werden so zu einem allgemeinen Pflichtprogramm.

Die dabei in Europa zulässigen Gesamtemissionen werden Jahr für Jahr durch regulative Maßnahmen festgelegt. Zielerreichung ist künftig nur durch den Umbau von Prozessen möglich, die viele Akteure erheblich belasten werden – und in vielen Fällen auch die Existenz von Unternehmen bedrohen werden.

CO₂ vermeiden und verringern wird zum Standard der Wirtschaft

Die Themen Vermeidung und Verringerung von CO₂-Emissionen vor Ort als Teil des sogenannten Dreiklangs werden damit zunehmend zu Standardprozessen von Unternehmen. Wird zum Beispiel in Deutschland nur noch weit überwiegend grüner Strom im Netz angeboten, muss man sich als Unternehmen nicht mehr um Grünstrom bemühen. Es gibt im Wesentlichen nur noch solchen Strom. Die „Unterstellung“ in den Erläuterungen der Wettbewerbszentrale, die dahin geht, dass internationale Kompensation oft eine „billige“ Alternative zu ernsthaften Bemühungen vor Ort sei, entbehrt damit jeder Grundlage.

In die Aktivitäten vor Ort ist jedes Unternehmen durch staatliche Vorgaben eingebunden. Das ist ein Pflichtprogramm. Bei Kompensationsprojekten geht es um zusätzliche freiwillige Maßnahmen, die zudem vielfältige positive Wirkungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern erzielen.

Einige menschliche Fähigkeiten wird man im kommenden Jahrzehnt dem Computer beibringen, aber nicht das logische Denken.

Bill Gates

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft





Freiwillige zusätzliche Maßnahmen

Die Empfehlung zur Kompensation von CO₂-Emissionen bezieht sich ausdrücklich nicht auf die beschriebenen, ohnehin ablaufenden Prozesse des Umbaus von Unternehmen und von Wertschöpfungsprozessen im Rahmen der Umsetzung der nationalen/europäischen Klimaziele (Pflichtprogramm), sondern auf freiwillige zusätzliche Maßnahmen (Kürprogramm), die Unternehmen oder andere Organisationen verfolgen, um eine bessere Zukunft für die Welt zu erreichen.

Der Senat der Wirtschaft Deutschland als dem Gemeinwohl verpflichtete Vereinigung von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft empfiehlt Maßnahmen in Nicht-Industrieländern durch (Mit-)Finanzierung hochwertiger Projekte über verlorene Zuschüsse als eine Form der freiwilligen Internalisierung verursachter externalisierter Kosten.

Zu solchen Projekten gehören Aktivitäten, die in Summe die Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen (vor allem Armutsüberwindung, Menschenrechte, Schutz von Frauen und Kindern) fördern, dabei die Umwelt schützen und die biologische Vielfalt erhalten bzw. sogar verbessern, sowie schließlich das Klimasystem zu stabilisieren helfen. Dies erfolgt insbesondere bevorzugt über Negativemissionen erzeugende Nature-Based Solutions (z.B. Aufforstung auf degradierten Böden in den Tropen, Schutz der tropischen Regenwälder, Humusanreicherung in Böden zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Basis, Restaurierung von Mangrovenwäldern, Renaturierung von Feuchtbiotopen, Förderung des Algenwachstums in küstennahen Gewässern etc.). Es sei vermerkt, dass die Vereinten Nationen, wie der IPCC, entsprechende (freiwillig geförderte) Projekte für unverzichtbar für die Erreichung der Klimaziele halten und unter dem Begriff „Offsetting“ massiv dafür werben.

Warum ist „Offsetting“ so wichtig?

Derartige Aktivitäten nutzen nach Meinung vieler Fachleute der nachhaltigen Entwicklung und dem Klimaschutz mehr als weitere (freiwillige) Maßnahmen in Deutschland vom Typ Vermeiden und Vermindern, die ja ohnehin per Pflichtprogramm stattfinden und deren Klimaeffekt durch die deutschen/europäischen Gesetzgebungen bereits von vornherein vom Umfang her festgelegt ist.

Zusätzliche freiwillige Maßnahmen von Akteuren ersetzen dann nur andere Aktivitäten an anderer Stelle in Deutschland/Europa. Für den internationalen Ansatz, der ein wesentliches Anliegen des Senats ist, sprechen insbesondere folgende Aspekte:

1. das weitere hohe Wachstum der Weltbevölkerung, als Herausforderung für Entwicklung und Klimaschutz,
2. die Schlüsselrolle der Entwicklungs- und Schwellenländer für die Erreichung des Zwei-Grad-Ziels,
3. die ungelösten und sehr konflikträchtigen Gerechtigkeitsprobleme zwischen reichen und sich entwickelnden Ländern, gerade auch was Ressourcennutzung und erzeugte Klimabelastungen anbelangt,
4. die Tatsache, dass die Orientierung vieler Wähler und Politiker in reichen Ländern größere staatliche Hilfen im Klimabereich in Entwicklungs- und Schwellenländern nicht zulassen, also nur der private Sektor in diesem Themenbereich besonders handlungsfähig ist,

5. dass über die freiwillig eingesetzten Mittel in Entwicklungs- und Schwellenländern in der Regel viel mehr Wirkung für z.B. Klimaschutz erreicht wird, als durch Ausgaben in derselben Höhe in Deutschland,
6. dass durch Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien Technologietransfer gefördert wird,
7. dass die großen Finanzierungslücken im Bereich des internationalen Klimaschutzes und der Agenda 2030 zumindest in Teilen geschlossen werden,
8. dass im Sinne der „Decade of Action“ sofort gehandelt wird,
9. dass den durch Corona verursachten Rückschritten bei der Umsetzung der Agenda 2030 etwas entgegengesetzt wird.

Hohe Standards

Für den Senat ist es selbstverständlich, dass entsprechende Projekte hohen Standards unterliegen und entsprechend zertifiziert sein müssen. Informationen zu entsprechenden Anforderungen von Seiten der Allianz für Entwicklung und Klima finden sich unter: <https://allianz-entwicklung-klima.de/wp-content/uploads/2021/03/Infoblatt-zum-Standardkatalog-der-Allianz-fuer-Entwicklung-und-Klima-3.pdf>. Es ist daher regelmäßig zu prüfen, ob zum Beispiel entsprechende Projekte hohen Standards genügen. Dies ist allerdings nicht die Aufgabe des Senats.

Mehr als nur Science-Based Targets

Der Senat der Wirtschaft Deutschland motiviert Unternehmen und andere Akteure, in diesem Sinne über interessante und vielseitige Projekte für Kompensation freiwillig mehr für Entwicklung sowie Umwelt- und Klimaschutz in weltweiter Perspektive zu tun, als in Pflichtprogrammen vor Ort ohnehin gefordert wird, und dabei Klimaneutralität oder gar -positivität anzustreben.

Das bedeutet, dass Emissionen, die vor Ort, im Rahmen der Umsetzung gesetzlich geforderter Maßnahmen zu einem Zeitpunkt noch erzeugt werden, ganz oder teilweise über Aktivitäten der beschriebenen Art in internationalen Projekten kompensiert werden. So kann Klimaneutralität sofort erreicht werden und nicht erst 2045. Wir empfehlen das auch solchen Unternehmen, die als Teil der „Science-Based Targets Initiative“ an dem Ziel Nullemissionen in 2050 (jetzt wohl 2045) arbeiten. Noch einmal: Als Gesellschaft ist es unser gesetzlich fixiertes Ziel, Klimaneutralität bis 2045 sowieso über politisch-ökonomische Hebel umsetzen. Dies wird gegebenenfalls mit harten ökonomischen Maßnahmen oder Regulierung geschehen. Man kann aber mehr tun, nämlich schnell oder sogar sofort klimaneutral oder klimapositiv sein, in der von uns empfohlenen Weise.

So hat das übrigens auch Robert Bosch mit seinem beeindruckenden Programm „Klimaneutralität 2020“ vorgeführt. Massive Reduktionen der eigenen Emissionen, sofortige Kompensation des Restes. Das Erreichen der Klimaneutralität wurde nicht auf 2050 verschoben, sondern sofort realisiert. Das Motto lautete: Das eine tun und das andere nicht lassen.

Bilanzielle Betrachtung

Klimaneutralität in bilanzieller Betrachtung ist analog zu der Aussage zu sehen, jemand sei nicht überschuldet. Aus der Tatsache, dass jemand nicht überschuldet ist, kann nicht der Schluss gezogen werden, er habe keine Schulden. Gerade sehr wohlhabende Unternehmen bzw. auch Personen auf der Welt haben oft die größten Schulden. Es ist geradezu eine der besonders hilfreichen Seiten von Eigentum, dass man sie als Sicherheit für Kredite (also Schulden) nutzen kann. Entscheidend ist also nicht, ob sie Schulden haben,

sondern dass sie über noch viel mehr Eigentum verfügen, als sie Schulden haben, weshalb sie gerade nicht überschuldet sind. Sollte also jemand meinen, dass Klimaneutralität bedeutet, dass man in seinen Aktivitäten kein CO₂ emittiert (Null-Emittent), versteht er etwas falsch. Die Senatsempfehlung macht klar, dass jemand, der gemäß dieser Empfehlung von Klimaneutralität spricht, nicht behauptet, er sei ein Null-Emittent, was es im Übrigen praktisch nicht gibt. Er behauptet stattdessen, er sei bilanziell null. Man kann es auch so ausdrücken, dass ein Mensch oder ein Prozess klimaneutral ist, wenn er von sich belegbar behaupten kann, dass seine Existenz und sein Tun die Konzentration von Klimagasen in der Atmosphäre nicht erhöht, bei Klimapositivität sogar verringert.

Was werden die Kunden bevorzugen?

Die Wettbewerbszentrale scheint in ihrer Argumentation der Überzeugung zu sein, dass viele Kunden sich nicht mehr für Angebote, die mit Klimaneutralität werben, entscheiden würden, wenn sie wüssten, dass eine behauptete Klimaneutralität nicht Null-Emissionen bedeutet, sondern bilanziell zu sehen ist (net zero). Net zero heißt, dass eine zertifizierte Klimaneutralität CO₂-Einsparungen in Projekten in Entwicklungs- und Schwellenländer bedeutet, die gerade da wirken, wo das Wachstum der CO₂-Emissionen mittlerweile besonders hoch ist und wo die menschliche Not am größten ist. Die Wettbewerbszentrale stört sich auch daran, dass die Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern preiswerter sind als in Deutschland, und glaubt, dass das die angesprochenen Kunden stören würde. Warum es allerdings vorteilhaft und für Kunden besonders attraktiv sein soll, wenn das werbende Unternehmen für eingesetztes Geld nur wenig für das Klima bewirkt statt viel zu bewirken, erschließt sich nicht.

Genauso wenig ist nachvollziehbar, warum es Kunden stören soll, wenn die positiven Klimawirkungen geografisch an anderer Stelle erzeugt werden als dort, wo Klimagase entstehen. Es ist allgemein bekannt, dass es der Atmosphäre egal ist, wo ihr CO₂ hinzugefügt wird oder wo es wieder entnommen wird. Für viele kluge Beobachter wird es motivierend sein zu sehen, dass man sich in den Ländern engagiert, wo die Not am größten ist, und man dort für das eingesetzte Geld sehr viel erreichen kann.



Verantwortungsvolle Unternehmer mit ehrlichem Klimaschutz



BAYERISCHER HOF



Blue Spa Pool



Panorama Suite



Penthouse Garden Suite



Terrasse im Garden Restaurant



Hotel Zur Tenne



Bird's Nest auf der Blue Spa Dachterrasse

SOMMER IN DER STADT UND IM HOTEL BAYERISCHER HOF

Laue Sommernächte und entspanntes Urlaubsflair – das gibt es nicht nur in der Karibik, sondern auch im Hotel Bayerischer Hof. Entspannen Sie sich nach einem erlebnisreichen Tag in der Stadt in unserem Wellnessbereich Blue Spa mit Blick über München und schwimmen Sie ein paar Runden in unserem Pool oder genießen Sie unser umfassendes Massage- und Beautyangebot. Am Morgen lädt die Terrasse vor unserem Fitnessstudio zu einer kleinen Outdoor Yogaeinheit ein. Bringen Sie Körper und Geist wieder in Einklang, während Sie den Blick bis zu den Alpen schweifen lassen.

Entdecken Sie auf unseren Hotelfahrrädern was die Weltstadt mit Herz alles zu bieten hat und erholen Sie sich danach an den Isarauen oder in einem der vielen Parks.

Mit unseren Arrangements „Sommer in der Stadt“ und „City Break“ können Sie entspannt und mit Stil die Stadt erkunden. Mit unseren Restaurants, inklusive dem Atelier, dem einzigen Drei-Sterne-Restaurant Münchens, können Sie Ihre Geschmackssinne auf Wanderschaft schicken. Genießen Sie auf unserer Garden Terrasse das warme Wetter oder bewundern Sie auf unserer Blue Spa Dachterrasse, bei einem kühlen Cocktail oder einer herzhaften BBQ-Spezialität, die Aussicht über die Dächer Münchens.

Sollten Sie sich nach noch mehr Natur sehnen, ist unser Schwesterhotel Zur Tenne in Kitzbühel eine Reise wert. Mit Blick auf das Massiv des Wilden Kaisers erwarten Sie hier tirolerische Gastfreundschaft und Kulinarik, die keine Wünsche offen lassen. Erkunden Sie die malerische Umgebung und die klaren Bergseen und genießen Sie einen ganz besonderen Moment tiefster Entspannung. Wir freuen uns schon jetzt auf einen unvergesslichen Sommer zusammen mit Ihnen.

Hotel Bayerischer Hof

Promenadeplatz 2-6
80333 München

Fon +49 89.21 20 - 0
Fax +49 89.21 20 - 906

www.bayerischerhof.de
info@bayerischerhof.de

LEADING
HOTELS

LEGEND
Preferred
HOTELS & RESORTS





Gut Steinbach

Hotel & Chalets



AUSGEZEICHNET.

MIT DEM GRÜNEN STERN VOM GUIDE MICHELIN

Die Berge
vor der
Zimmertür



RELAIS &
CHÂTEAUX

Relais & Châteaux Gut Steinbach Hotel und Chalets
Steinbachweg 10 · D-83242 Reit im Winkl
Telefon +49 86 40 807-0 · Fax +49 86 40 807-100
info@gutsteinbach.de · www.gutsteinbach.de